

SENATE



Magazin für Politik, Gesellschaft und eine Ökosoziale Marktwirtschaft



Gitta
Connemann
Der Kampf um
Versorgungs-
sicherheit



Thomas Sattelberger
Der Kampf um Transformation



Marina Weisband
Der Kampf um die Ukraine



Eckart von Hirschhausen
Der Kampf gegen den Klimawandel

Ausgabe 1/22
Einzelpreis 5€

Das Erwachsenen-Resort in den Tiroler Bergen



SPIELRAUM FÜR DAS ICH

7.000 m² Spa- und Wellnessbereich „adults only“ ♦ Haubenküche ♦ TCM-Restaurant TENZO -
alpine Kulinarik trifft auf die 5-Elemente-Lehre ♦ Indoor- und Outdoor-Fitnessbereich ♦
Resorteigener 9-Loch-Golfplatz ♦ Lipizzanergestüt mit Reitanlage

Romantik, Natur und Erholung pur

Drei Nächte mit Wohlfühlpension, eine Meersalzbehandlung zu zweit im Private Spa „Zeitlos“,
tägliches Bewegungs- & Entspannungsprogramm, sowie Bade- und Schwitz-Vergnügen
auf 7.000 m². Buchbar ab € 588,- pro Person im Doppelzimmer.

POSTHOTEL ACHENKIRCH, 6215 Achenkirch am Achensee, Tirol, Austria
T +43 5246 6522, info@posthotel.at, www.posthotel.at



Herausgeber Norbert Strevel

Politik im Wandel

Die „Welt im Wandel“ war der Leitgedanke des Editorials zum Jahresabschluss 2021. Einerseits beeinflusst durch die vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre, insbesondere auch durch die Pandemie. Andererseits durch den Blick auf notwendige richtungsweisende Entscheidungen zur Lösung für die großen und vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit.

Mit den Entwicklungen seit dem 24. Februar 2022, dem Beginn des Ukraine-Krieges, erleben wir wieder eine Beschleunigung in zuvor ungeahntem Maße. Krieg durch Russland in Europa – bis dato undenkbar. Zeitenwende ist das neue geflügelte Wort. Aber was bedeutet es? Ein Versuch der differenzierten Betrachtung.

Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung, Völkerrecht und unsere Werte können auch in Europa nur geschützt werden, wenn wir sie glaubhaft verteidigen können. Dazu gehört neben der Diplomatie auch die wirksame und sichtbare militärische Verteidigungsfähigkeit, immer eingebunden in die NATO und die EU. Abschreckung – der Inbegriff des längst aus dem Bewusstsein verschwundenen Kalten Krieges – bedeutet, die glaubhafte Fähigkeit handeln zu können, ohne den Beweis antreten zu müssen.

Wirksame wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland sind dabei ebenfalls ein wichtiges Instrument. Dass diese uns teilweise kurzfristig selbst schaden, ist gerade in unserer globalisierten Welt systemimmanent. „There ain't no such thing as a free lunch“. Allerdings zeigen nicht nur der Krieg, sondern auch die Sanktionen unmissverständlich die Verwundbarkeit der Lieferketten, von den Auswirkungen ist niemand in der Gesellschaft ausgenommen. Ob nun Privatpersonen, Unternehmen, Industriezweige oder die Volkswirtschaft insgesamt. Die risikobehafteten Abhängigkeiten bestanden in ihrer Dimension schon vorher, sie wurden nur aus dem Bewusstsein verdrängt. Womit wir bei der Versorgungssicherheit sind. Und unter anderem bei den Themen Energie, Ernährung.

Ernährung. Nun müssen wir in Westeuropa keinen Engpass an Nahrungsmitteln fürchten, aber es gibt und wird weiter Preissteigerungen geben. In Teilen Afrikas kann die Ernährungssituation jedoch dramatisch werden, mit weitreichenden Folgen auch für Europa.

Energie. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern aus Russland ist in Europa und besonders in Deutschland beträchtlich. Das Volumen, die notwendige Infrastruktur und auch die nicht so einfach substituierbaren chemischen Zusammensetzungen sind hier die Determinanten. Erdgas ist nicht gleich Erdgas und Erdöl nicht gleich Erdöl. Die Infrastruktur für Erdgas (LNG-Terminal, Pipeline etc.) und auch Erdöl (u.a. Pipeline-Versorgung der Bundesländer im Osten) ermöglicht keine schnelle lückenlose Substitution. Somit eine komplexe Situation.

Die Forderung nach Energieautarkie ist einfach, war aber auch schon zuvor als ein sinnvolles Ziel fraglich. Unabhängig davon ist die Transformation zu CO₂-neutraler Energieerzeugung notwendig, die Förderung und der Ausbau von regenerativer Energie ein wichtiger Baustein. Im Rahmen der Ausgewogenheit in einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft sowie der langfristigen Vermeidung einer neuen einseitigen Abhängigkeit, egal in welcher Form, wird es einen Import von Energie (inkl. Kernenergie) und Energieträgern weiterhin geben. Wir sind global vernetzt und das ist per se gut. Es stellt sich also eher wieder neu neben der Frage des zukünftigen Energiemixes auch die Frage der Liefer-/Herkunftsländer. Dies betrifft auch die regenerative Energieerzeugung, Wasserstoff und deren Derivate.

In Krisen werden Abhängigkeiten und Schwachstellen gnadenlos sichtbar. Zeitenwende bedeutet auch, diese Realitäten anzuerkennen, das Definieren einer Strategie und das Umsetzen mit konkreten kurz- bis langfristigen Zielsetzungen, gerade im Kontext der Gesamtverantwortung für die nachfolgenden Generationen. Es erfordert Kreativität, Innovationen, das Denken in Szenarien, in Alternativen und immer die europäische Sichtweise. Eine geopolitische Betrachtung bedingt eine Geostrategie, idealerweise eine gemeinsame der EU.

Politik im Wandel, schneller als vermutet. Europa ist einzig wie selten und handelt einzig. Das Glas ist halb voll und neben allen negativen Auswirkungen, den Schrecken des Krieges und der humanitären Katastrophe in der Ukraine beinhaltet auch diese Krise Chancen.



POLITIK UND PARLAMENT

Dem Hass keine Chance 8
 Interview mit Renate Künast

Diplomatie ist, sich mit Fingerspitzen durchzuboxen 16
 Fragen an Knut Abraham

Russlands „alte“ Politik in einer neuen Welt 22
 Lars Jaeger

„Die Ukrainer haben es geschafft, uns aufzuwecken“ ... 28
 Gespräch mit Deutsch-Ukrainerin Marina Weisband

Es geht um weit mehr als die Ukraine 34
 Sigmar Gabriel

Der Kampf um Versorgungssicherheit 80
 Fragen an Gitta Connemann

EUROPA AKTUELL

Wie Europa im Zeitalter neuer Mauern agieren muss... 40
 Jean Asselborn

30 Jahre Vertrag von Maastricht 46
 Dr. Walter Döring

CETA unterschreiben und Forschung mit den USA
 ausbauen 48
 Dr. Walter Döring

Vom Entwicklungsminister zum Entwickler weiterer
 Gerechtigkeit in der Welt..... 50
 Dr. Gerd Müller



Dem Hass keine Chance

Seite 8



Wie Europa im Zeitalter neuer Mauern agieren muss

Seite 40



Der Kampf um Versorgungssicherheit

Seite 80



Dieses Magazin wird klimaneutral hergestellt.



IMPRESSUM

Herausgeber:
 Dr. Christoph Brüssel
 Dieter Härthe
 Norbert Streveld
ViSdP
 Adenauerallee 206
 53113 Bonn
 Tel: +49 (0)228-915-605-0
 www.senat-deutschland.de
 E-Mail: office@senat-deutschland.de

Hauptstadtbüro:
 Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin
 Tel: +49 (0)30-40 109950

Redaktion:

Dr. Christoph Brüssel (Chefredaktion)
 Marc Härthe (Redaktionsleitung)
 Astrid Herres (RvD)
 Karina Kirkuc
 Uly Köhler
 Michael King-Rolland
Lektorat: Alectis.de, Annette Meyer
Layout: Heiner Stellmach
Druckerei: Saxoprint
Auflage: 10.000 Exemplare



Gastbeiträge geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder. Trotz größtmöglicher Sorgfalt kann der Herausgeber keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen übernehmen. Nachdruck, auch auszugsweise unter Angabe der Quelle gestattet. Belegexemplar erbeten.

Gerd Müller mit
 neuer Chefaufgabe



Seite 50

NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

Klimaschutzkonferenz COP26 – ein fragiler Erfolg 36
 Patricia Espinosa

Aufklärung und Positives zur Klimaneutralität..... 65

Das Teuerste, was wir jetzt tun können, ist nichts!..... 66
 Eckart von Hirschhausen

Natur- und Bioindustrie auf starkem Wachstumskurs
 in Amerika 88
 Michael King-Rolland

„Die Ukrainer
 haben es geschafft,
 uns aufzuwecken“



Seite 28

WIRTSCHAFTSWELT

Verantwortung lebt von Verhalten 54
 Im Gespräch mit Rainer Haug

Die Zukunft der Hidden Champions 74
 Thomas Sattelberger

Jede Krise bietet Chancen 84
 Interview mit Kolja Reiss

Transformation und
 Innovation



Seite 74

WISSENSCHAFT

Zuverlässig, sauber und preiswert. Gibt es eine
 „Energie der Zukunft“? 68
 Dr. Götz Ruprecht

AUS DEM SENAT

Ukraine-Hilfe 58

Chef des UN-Welternährungsprogramms beim Senat .. 59

Mentorinnen-Programm gestartet 60

FrühlingsConvent..... 62

Trauer um Dr. Erhard Busek..... 64

Es gibt für uns keinen Reserveplaneten.

Franz Alt



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Der Ausdruck: Die Gedanken sind frei ...



Der Eindruck:
Von Herausgeber und Chefredakteur Christoph Brüssel

Die Krisen, verschiedene Wetterkatastrophen, die Corona-Pandemie, jetzt auch noch ein bedrohlicher Krieg. Es belastet, es regt auf, es löst was aus, es rüttelt an uns.

Klar ist, wir leben anders, wir werden anders.

Geschäftlich verändern sich die Eckwerte, manche Existenz ist gefährdet, viele Modelle müssen neu gedacht werden, Planungen brauchen neue Szenarien.

Zeit für Gedanken über Ursachen, Anlässe. Warum, weshalb, was? Gibt es zu verantwortende Gründe oder sind die Ereignisse zufällige Verkettungen?

Gedanken über den Tag hinaus, losgelöst von den zwingenden Direktmaßnahmen.

Aus Krisen lernen soll man, heißt es. Es sollen immer Chancen zu finden sein, besser ist, diese zu erkennen. Gedanken sind frei, so besteht die Freiheit zu Rückschlüssen und Erneuerung.

Ist es nicht gerade eine Verpflichtung, aus den Herausforderungen auch Lehren ziehen zu müssen? Genauer hinsehen und Fragen stellen.

Gedanken, ob Veränderungen auch deshalb Lösungen sein können, weil unser gelebter Status quo ein Teil der Herausforderungen sein könnte?

Ob die Ereignisse nun Signale, ob es Reaktionen auf unsere gelebte Wirklichkeit in einem großen Ganzen dieser Erde sind oder ob es keine Verbindung gibt – unabhängig dürfen Gedanken sich die Freiheit nehmen, durch Veränderung eine Verbesserung zu sehen. Die Pandemie wollte es so, selbst mit einer Entschleunigung können wir noch unsere Geschäfte machen.

Zwei Jahre lang gab es weniger Reisen, weniger Besuche, verminderten Berufsverkehr durch mehr Homeoffice. Ohne Zweifel, die persönlichen Begegnungen geben einen besseren Eindruck. Die Signale zwischen den Zeilen, manche leicht angedeutete Geste, das Miteinander: kaum zu ersetzende Faktoren. Ja, all das ist vermisst, es ist die Würze der Zwischenmenschlichkeit, privat und geschäftlich. Aber funkti-

oniert hat doch das meiste auch mit wenigen Begegnungen. Die Nulldiät der Gemeinschaftsrituale war sicher quälend. Weniger persönliche Treffen, als wir es zuvor erlebt haben, dosierter und wohldurchdacht, kann vielleicht eine gute Mischung aus Erlebtem und Erfahrenem daraus werden.

Denn die Erfahrung der Pandemie zeigt auch, dass eine enorme Reduzierung der stets beklagten Belastungen nachweisbar wurde. Mehr Zeit durch weniger Reisen, weniger körperliche Belastung, nennenswerte Reduzierung der Emissionen, deutliche Kostenersparnisse. Dagegen stehen die Sonderbelastungen durch Extremvideomeeting, kurze Taktzeiten zwischen den Terminen, die digital so verlockend schnell vergeben wurden. Verlust der sozialen Blitzableiter im Team und die durchaus erdrückende Einsamkeit vieler.

Konsequent könnte sein, das Positive der Erfahrungen zu kultivieren und die Mängel zu mindern.

Vielleicht ist es ein Ansatz für die Gedanken zu allen Krisen der Zeit: Verantwortung übernehmen zu Veränderungen und die Anlässe für Krisen zu mindern. Wir haben aus der Wissenschaft die Erkenntnis, bald 10 Milliarden Menschen brauchen veränderte Regeln der Zivilisation und des Miteinanders, um mit der übrigen Natur in Frieden und Wohlstand überleben zu können. Das ist keine Theorie, wir erkennen es ganz praktisch und real.

Es geht um Gesundheit, unser Klima, um Wasser, Energie, Ernährung, Gleichberechtigung – vielleicht deshalb auch um Kriegspotenziale wie aktuell.

Über Selbstverantwortung Veränderungen und Lösungen auf Dauer zu schaffen ist eine Utopie.

Wenn Utopien plausibel als Lösung erscheinen, dann ist es eine Frage der Verantwortung, daraus Realität werden zu lassen. Erstmal ist das nur ein Gedanke – und ...

„Die Gedanken sind frei ... Kein Mensch kann sie wissen, kein Jäger erschießen. Es bleibt dabei: die Gedanken sind frei.“

Dem Hass keine Chance

Der Fall Renate Künast zeigt, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist

Von Uly Köhler

Im Kampf gegen wüste Beschimpfungen auf Facebook hat die Grünen-Politikerin Renate Künast vor dem Bundesverfassungsgericht einen wichtigen Erfolg erzielt. Das Unternehmen muss somit weitere Daten von Hetzern

herausgeben, gegen die Künast nun gerichtlich vorgehen will. Somit wurde das Persönlichkeitsrecht aufgewertet – auch zugunsten von Politikerinnen und Politikern. Uly Köhler traf die streitbare Kämpferin gegen Hatespeech in Berlin.



Renate Künast MdB

Bundesministerin a.D. und Rechtsanwältin

NO HATE SPEECH

Sie wurden über Jahre in den sogenannten sozialen Medien beleidigt, mit Lügen überzogen – es gab Todeswünsche und Morddrohungen. Wie haben Sie sich zu Beginn gewehrt?

Am Anfang habe ich erst einmal gestaunt und mich gefragt: Was für Leute gibt es eigentlich, die derartigen Hass ausdrücken und andere abwerten. Und auch noch so tun, als wollten sie diskutieren. Ich habe dann begonnen, Strafanzeigen und Strafanträge zu stellen, und war mindestens so entgeistert, als ich feststellte, dass die Staatsanwaltschaften von Facebook keine Antwort bekommen, sodass man gar keinen Zugang zu den Personen erhält. Oder es hieß gleich, das würde nicht den Tatbestand der Beleidigung erfüllen. Ich war da eigentlich ein zweites Mal entgeistert, denn ich habe ja gemerkt, dass auf der anderen Seite ein systematisches und orchestriertes Vorgehen stattfindet. Also habe ich versucht, gemeinsam mit anderen Initiativen vorzugehen. Da gibt es glücklicherweise inzwischen viele.

Übergeht man das zu Anfang, in der Hoffnung, es wird sich wieder legen? Denkt man vielleicht, da handelt es sich um einen einzelnen Spinner?

Ja, früher bekam man in leicht krakliger Schrift geschriebene Briefe, die beleidigend waren. Man schaut am Anfang nur drauf und denkt: Naja, es gibt solche und solche. Aber wenn du siehst, dass das systematisch ist, kannst du es nicht mehr übergehen.

Es verletzt einen selbst. Die Mitarbeiterinnen sind auch entgeistert und verletzt, wenn sie das alles lesen müssen. Und dann bleibt dir gar nichts anderes übrig als zu sagen, entweder steige ich ganz aus Facebook aus oder ich muss organisiert vorgehen. Für mich war aber klar, die Welt wird immer digitaler. Deshalb kann ich als Politikerin nicht einfach rausgehen, sondern muss mir überlegen, was ich regeln kann, damit in dieser Welt junge Menschen nicht zu radikal-aggressiven Wesen werden.

Wie leidet man eigentlich unter solchen Vorgängen? Denkt man dauernd daran, liegt man abends im Bett und grübelt und hat auch irgendwie Beklemmungen, weil man das Gefühl hat, die Menschen hassen einen und sind wütend?

Nein, denn ich denke ja nicht, die Menschen hassen wirklich mich. Vielmehr weiß ich, dass dahinter eine politische Strategie steckt. Okay, bei manchen denkt man: Ja, mein Gott, was ist das eigentlich für ein Mann, der redet wahrscheinlich mit allen Leuten so. Aber es ist schon so, dass es nicht spurlos an einem vorübergeht. Das Versprechen war ja, im Netz kannst du mit flachen Hierarchien auch direkt mit Leuten und spontan kommunizieren. Aber dann entdeckst du, dass jemand nur hasserfüllte Bemerkungen postet, und du denkst, da sitzt einer in ausgebeulter Trainingshose vorm Computer, verlässt das Haus nicht und schüttet Hass aus. Da denkst du, das lohnt sich gar nicht. Zumal viele von denen Teil eines organisierten Vorgehens sind.

Es ist eine Gefahr für die Demokratie, wenn nicht mehr der Verstand zählt, sondern nur noch Emotionen

Sie wollten die Verfasser der Verleumdungen und Beleidigungen persönlich zur Rechenschaft ziehen lassen. Dazu mussten Sie aber deren persönliche Daten kennen und die meisten verstecken sich hinter falschen Namen, unter denen sie ihre Gehässigkeiten in die Welt posaunen. Plattformen wie Facebook und andere weigerten sich, den anonymen Schutz ihrer Kunden aufzuheben. Nun haben Sie endlich vor der höchsten Instanz der deutschen Gerichtsbarkeit gewonnen. Wie geht es Ihnen heute?

Es ist ein gutes Gefühl, und es ist natürlich etwas Besonderes, eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht zu gewinnen. Und wichtig, dass jetzt das Bundesverfassungsgericht im Grundsatz sagt, es sei im öffentlichen Interesse, dass Menschen, die sich öffentlich engagieren, ihre Persönlichkeitsrechte geschützt sehen können. Und das Schöne an der Formulierung ist: Das wurde nicht nur für Bundestagsabgeordnete und Minister gesagt, sondern für alle Menschen, die sich in diesem Land öffentlich engagieren. Das war vielleicht das Schönste und auch der Punkt, dass damit ja auch für viele Strafverfahren klar ist: Hier liegt ein öffentliches Interesse vor. Die Staatsanwaltschaft kann also nicht auf ein Privatklageverfahren verweisen.

Es wird nun auch bei der Strafzumessung zu berücksichtigen sein, welche Breitenwirkung Beleidigungen haben, wie viele Menschen damit erreicht werden und ob sie reproduzierbar sind. Bei mir ging es

ja um ein Fake-Zitat. Ein vollkommen erfundenes Zitat, auf das als Folge lauter Hass kam. Das Gericht hat deutlich verstanden, welche spezifischen Wirkungsweisen die digitale Welt hat – was im Übrigen von den Betreibern als Geschäftsmodell genutzt wird. Je mehr Leute klicken und Emotionen haben, desto mehr Werbegelder fließen.

Es scheint so, als ob Hatespeech in der Öffentlichkeit immer noch ein bisschen belächelt und nicht ernst genommen wird. Doch schon hier beginnen die Gefahren, oder?

Hier beginnen sie. Die Art und Weise der Verrohung von Sprache und Umgang ist enorm. Und es setzt sich im analogen Alltag ja fort. Immer mehr Leute meinen, sie könnten sich in dieser beschämenden Art und Weise gegenüber Mitmenschen äußern. Und dazu gibt es noch einen Schub der Verschwörungstheorien. Diese, wie soll ich sagen, diese vollkommen verrückten Dinge, als sei etwas erfunden worden, nur um Bill Gates reich zu machen. Es ist eine Gefahr für die Demokratie, wenn nicht mehr der Verstand zählt, sondern nur noch die Emotion, und die Verschwörung als Geschäftsmodell mit vielen Klicks von den sozialen Plattformen weiterbetrieben wird. Ich glaube, das ist zum Teil gar nicht mehr, sondern es ist jetzt systematisch organisiert und dadurch sichtbarer. Dass es auch noch wirksamer wird, das müssen wir verhindern.

Es gilt, den technischen Fortschritt ganz gezielt zum Instrument für den humanen Fortschritt zu machen.

Hans-Dietrich Genscher
Ehrensenator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Das Netz wird entscheidend mitbestimmen, ob Menschen sich überhaupt für das Gemeinwesen engagieren

Manche beteiligen sich an Internetdiskussionen gar nicht mehr, aus Angst, ihre Meinung könnte verfälscht oder für Sie nachteilig zitiert werden. Aus Furcht und Angst am demokratischen Miteinander nicht mehr teilzunehmen ... das macht nachdenklich.

Ja. Es gibt Umfragen, in denen 63 Prozent der Frauen gesagt haben, sie äußern ihre Meinung gar nicht mehr im Netz, weil sie Angst haben vor diesen Angriffen. Das ist schon ein Punkt. Und ich will hinzufügen, was ich immer noch ein bisschen unterbewertet finde – es ist speziell die Situation für Kinder und Jugendliche, die mehr Beachtung braucht. Schauen wir auf die Games und dortige Chat-Funktionen. Kinder und Jugendliche, die verletzlich und empfindsam sind, erleben hier eine Verrohung, dass sie schon glauben, man müsse so miteinander reden. Und Facebook weiß, welcher massive emotionale Druck ausgelöst wird, der Kinder und Jugendliche fast zerstört. Trotzdem betreiben sie ihr Geschäft weiter. Wenn ich in Schulen unterwegs war und mit Schülern darüber sprach, was so im Netz passiert, dann gab es immer mehrere Mädchen, die am Ende sagten: Ja, ich habe eine Freundin, die hat das erwähnt. Und als ich später die Lehrerin ansprach und fragte: War das wirklich eine Freundin oder war es sie selbst, hat sie geantwortet: Das war sie selbst. Wir müssen handeln!

Zu Beginn hieß es im Allgemeinen „Hate-speech“ – inzwischen wird immer mehr von der sogenannten digitalen Gewalt gesprochen. Gewalt gilt als strafbar. Immer wieder wird aber der Begriff der „Meinungsäußerung“ angeführt. Wo liegen Ihrer Meinung nach die Grenzen?

Es ist richtig, es als das zu bezeichnen, was es ist: Gewalt. Gewalt ist nicht nur, wenn ich jemanden körperlich schlage, sondern sie passiert auch psychisch. Und die Grenzen sind doch genau definiert.

Jeder kann ja sagen, die Bundesregierung oder die Landesregierung agiere falsch. Man kann Konzerne für ihr Verhalten kritisieren. Aber wenn jemand sagt: Du bist hässlich oder du müsstest mal vergewaltigt werden, dann dient dieser Satz erkennbar nicht der Erörterung eines Sachverhaltes. Das dient allein der Erniedrigung einer Person. Mit Meinungsfreiheit hat das also nichts zu tun. Es hat nur leider Gerichte gegeben, die zwischen Meinungsfreiheit und den Persönlichkeitsrechten nicht dogmatisch richtig abgewogen haben oder gar nicht prüften. Politiker müssen nicht einfach alles hinnehmen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu auf meine Beschwerde hin sehr klar entschieden.

Politiker, Journalisten und Menschen in der Öffentlichkeit gehören zu den häufigsten Opfern. Wird eigentlich alles brutaler und grenzenloser? Spaziergänge im Fackellicht zu den Wohnungen von Kommunalpolitikern, Hassmärsche gegen Medizin und Wissenschaft, Gewaltbereitschaft gegen „die anderen“. Muss die Gesellschaft neue rote Linien definieren?

Ja, wir müssen die roten Linien in aller Klarheit definieren. Wir wissen eigentlich, wo sie sind, und wir haben es bisher versäumt, diese roten Linien für den digitalen Raum in Paragrafen zu gießen. Wir haben immerhin ein Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland. Jetzt ist eine entsprechende Regelung mit dem Digital Services Act auch auf europäischer Ebene im Verfahren. Das war dringend notwendig. Dazu muss auch mehr Personal aufgebaut werden. Da sind wir jetzt noch in den Anfängen, immerhin aber gibt es nun Schwerpunktstaatsanwaltschaften und eine Zuständigkeit des BKA. Inzwischen gibt es auch Fortbildungen für Staatsanwälte und Gerichte, um zu verstehen, wie dieses System des organisierten rechtsextremen Hasses funktioniert. Es reicht ja nicht, dass man einmal bei Facebook oder YouTube reinguckt. Sondern man muss die Systematik und das Netzwerk dahinter verstehen.



Foto: Anne Hufnagl

Wir sehen es bei den Rechtsextremen, deren Interesse es ist, die demokratischen Strukturen zu zerstören. Als erstes wird alles schlecht geredet, Misstrauen und Verschwörungsideen werden gesät. Wir müssen dem etwas entgegensetzen.

Meine These ist, dass die Zukunft der Demokratie im Netz entschieden wird. Weil wir immer mehr dort erledigen, wird diese Atmosphäre dort auch übertragen auf die analoge Welt.

Das Netz wird entscheidend mitbestimmen, ob Menschen sich überhaupt für das Gemeinwesen engagieren, und es produziert auf eine neue Art und Weise Terrorismus. Das haben wir bei den Ereignissen in Christchurch gesehen, bei Breivik in Norwegen, beim Täter in Halle und leider noch an vielen anderen Orten.

Dafür müssen wir uns im EU-Binnenmarkt aufstellen und Vorbild für andere sein. Genauso wie wir auf einem Marktplatz, wo wir Samstag mittags einkaufen, ja auch sagen: Wer ständig seine Nachbarn beleidigt, kriegt nächste Woche keinen Stand mehr vom Marktmeister. Das muss ebenso für die Marktplätze digitaler Kommunikation gelten. Strafrechtliche Regeln, rote Linien, aber auch die Community Rules müssen klar sein und mit Transparenz versehen werden – wann der Feed gelöscht wird, wann der ganze Account. Das muss natürlich rechtlich nachprüfbar sein, aber das haben wir in der analogen Welt auch.



HateAid ist eine gemeinnützige GmbH zur Beratung und Unterstützung von Opfern von Online-Hass mit Sitz in Berlin.

Sie wurde 2018 von den Nichtregierungsorganisationen Campact und Fearless Democracy ins Leben gerufen. Ihrem Selbstverständnis nach klärt die Organisation über gesamtgesellschaftliche Gefahren für Demokratie und Meinungsfreiheit auf.

HateAid bietet Betroffenen digitaler Gewalt ein kostenloses Beratungsangebot und Prozesskostenfinanzierung. Menschen, die online Hass und Hetze erleben, die beleidigt, verleumdet oder bedroht werden, können sich dorthin wenden. Geholfen wird allen, die selbst keinen Hass verbreiten – unabhängig von Nationalität, Hautfarbe, Religion, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, politischer Meinung und körperlicher Versehrtheit.

<https://hateaid.org>

Viele ehrenamtliche und auch hauptamtliche Politiker sind von Hassmails, „Hatespeech“, in sozialen Netzwerken oder sogar von weitergehenden Attacken betroffen. Einige geben daraufhin auf. Das ist ein direkter Angriff auf diese Menschen und unsere demokratischen Institutionen. Welche Überlegungen oder Strategien haben Sie in Ihrer Partei, um die Menschen und die Demokratie zu schützen?

Deshalb sage ich, die strafrechtliche Reaktion muss klar sein. Die Leute müssen erfahren, wenn sie Anzeigen machen, werden die Täter auch von Polizei und Staatsanwaltschaft verfolgt, und das Persönlichkeitsrecht der Menschen wird gewährleistet. Dazu braucht es natürlich ein ganzes Paket an Maßnahmen, auch auf Länderebene. Hier hoffe ich, dass die Länder immer mehr einsteigen. Aber wir haben ja nicht nur die strafrechtliche Seite. Es geht ja auch um die Frage: Was müssen die Plattformen tun? Von denen muss man verlangen, dass sie genügend Personal und entwickelte Software haben und Hatespeech löschen. Vor allem kommt nun das Demokratiefördergesetz – damit die zivile und ehrenamtliche Struktur ebenso gestützt wird. Das ist lange überfällig.



Ihr langer Kampf gegen Konzerne wie Google oder Facebook wurde und wird von verschiedensten Seiten respektvoll beobachtet und begleitet. Wie fühlt sich das an, einen von allen als aussichtslos bezeichneten Kampf zu gewinnen?

Ich bekam einen Riesenberg an Post, richtige, echte Briefe und Mails. Die Leute haben mir sowohl gratuliert als auch mir gedankt. Gedankt dafür, dass ich diese Energie für diesen Dauerlauf aufgebracht habe. Mich haben Kolleginnen und Kollegen im Bundestag darauf angesprochen. Und wenn ich über die Straße gehe, werde ich von Menschen angesprochen, und es heißt dann: Toll, Frau Künast, Glückwunsch und herzlichen Dank! Man sieht daran, wie sehr die Menschen auch unter dem leiden, was da im Netz passiert. Ob sie das selber erleben oder von ihren Kindern oder Enkelkindern hören – es kann so nicht bleiben.

Das gibt mir die Kraft zu sagen, da mache ich weiter. Hier muss ich einen langen Atem haben. Aber eigentlich habe ich so immer Politik gemacht. Ich wollte nicht nur irgendwo mal ein Modellprojekt machen, sondern ich wollte eine Struktur verändern. Und dann ist natürlich die Freude groß, wenn man nach Jahren erstens gewinnt und zweitens es die Leute auch noch merken.

Renate Künast

Geboren am 15. Dezember 1955 in Recklinghausen/NRW; verheiratet.

Studium der Sozialarbeit und der Rechtswissenschaften.

1977 bis 1979 Sozialarbeiterin in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel. 1985 Zweites Staatsexamen und Zulassung als Rechtsanwältin.

Seit 1979 Mitglied der Alternativen Liste Berlin; 2000 bis 2001 Parteivorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen. 1989 bis 2000 Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, 1989 bis 1990 und 1998 bis 2000 Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

Mitglied des Bundestages seit 2002; 2001 bis 2005 Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, von Oktober 2005 bis 2013 Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. 2014 bis 2017 Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz im Deutschen Bundestag. Heute Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.

Quelle: Deutscher Bundestag

Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht.

Klaus Kinkel

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



„Diplomatie ist, sich mit Fingerspitzen durchzuboxen“

Knut Abraham – ein Diplomat im Bundestag

Von Uly Köhler



Er war als Generalkonsul in Washington tätig, aber auch als Gesandter an der Deutschen Botschaft in Warschau. Über 20 Jahre war er auf dem diplomatischen Parkett zu Hause. Seit sechs Monaten ist sein Platz im Deutschen Bundestag als Abgeordneter für die CDU/CSU-Fraktion. Uly Köhler sprach mit Knut Abraham in Berlin.

„Diplomatie ist, jemanden so zur Hölle zu schicken, dass er sich auf die Reise freut.“

Sir Winston Churchill

Seit mehr als 20 Jahren bewegen Sie sich auf dem diplomatischen Parkett. Seit sechs Monaten nun sitzen sie als Abgeordneter dort, wo die deutsche Außenpolitik gemacht wird.

Wie ist es, auf einmal die Außenpolitik der Bundesrepublik gestalterisch mitzuprägen?

Das ist genau der Punkt. Im Unterschied zu meiner bisherigen Tätigkeit als Diplomat kann man als Politiker sehr viel stärker gestalten und sehr viel stärker akzentuieren. Ansonsten ist es natürlich die andere Seite der Medaille. Es bleibt eine Medaille, auf der einen Seite die Regierung, das Auswärtige Amt, die Botschaften, die loyalen Diplomaten. Und auf der anderen Seite die aktive Politik, die eben die Vorgaben macht und die Grundlage legt für das, was Diplomaten dann am Ende in den Gastländern auszuführen haben.

Wie viel inhaltliche Macht haben eigentlich die Ausschüsse, um aktive Politik zu gestalten?

Die Tagespolitik ist eigentlich geprägt durch die regelmäßigen Berichte, die Mandate, die großen Linien. Aber man kann – und das ist das, was auch mich fasziniert – man kann eben neue Initiativen

starten. Übrigens auch als Opposition. Ich bin ja jetzt Oppositionsabgeordneter. Das ist das Spannende, dass man eben nicht in der Routine des Alltags, auch des außenpolitischen Alltags steckt, sondern Anstöße geben kann und eine Diskussion und eine Entwicklung begleitet.

Wo wird letztendlich eigentlich die Außenpolitik entschieden, im Kanzleramt oder, wie eigentlich von vielen vermutet, im Auswärtigen Amt?

Wir hatten 16 Jahre lang eine außenpolitisch enorm aktive und auch erfahrene Bundeskanzlerin. Und wechselnde Außenminister. Und durch eine außenpolitisch engagierte Bundeskanzlerin, deren Rat weltweit gesucht wurde, war es automatisch so, dass das Schwergewicht, der Blick auf Deutschland, gleichstand mit dem Blick auf das Bundeskanzleramt. Im Moment habe ich aber den Eindruck, dass das Auswärtige Amt und die Ministerin Baerbock den Ton angeben. Eine Ministerin, die genau weiß, was sie will. Die eine politische Idee hat und politischen Gestaltungswillen. Das sehe ich im Bundeskanzleramt derzeit weniger. Und ich würde sagen, dass wir nach der Ära Merkel, wo Außenpolitik sehr stark im Kanzleramt angesiedelt war, nun eine Rückverlagerung in das Auswärtige Amt erleben.

„Diplomaten ärgern sich nie – sie machen sich Notizen.“

Charles-Maurice de Talleyrand

Ihre jahrzehntelange Erfahrung auf dem diplomatischen Parkett prädestiniert Sie ja geradezu, auf dem Terrain in der Außenpolitik tätig zu werden. Kann die Arbeit im Ausschuss durch diese Erfahrungen profitieren, wenn ein Diplomat mit in der Runde sitzt?

Sicherlich schon. Denn als Parlamentarier kontrollieren wir die Bundesregierung und der Auswärtige Ausschuss kontrolliert in allererster Linie das Auswärtige Amt. Und da ist es schon sehr praktisch, wenn jemand in dem Ausschuss sitzt, der dieses Auswärtige Amt und die Abläufe seit 25 Jahren in- und auswendig kennt. Das muss ja nicht immer konfrontativ sein. Doch auf jeden Fall glaube ich, dass ich etwas beitragen kann.

Zudem ist es von großem Vorteil, im Blick auf die aktuellen Diskussionen und leider auch schwierigen Entwicklungen in Osteuropa, wenn man die Region aus dem eigenen Erleben – bei mir im Fall von Bulgarien und Polen aus dem eigenen Leben – wirklich gut kennt.

Im Moment spielt das Wort Diplomatie eine große Rolle. Politische Kräfte treffen aufeinander und letztendlich ist es nur die Diplomatie, die alles im Fluss hält.

Ja. Das ist die edelste Aufgabe der Diplomatie: zu sprechen, wenn andere nicht mehr sprechen. Wenn Politiker sich in schwierige Konstellationen begeben haben, ist es die Aufgabe der Diplomatie, dennoch im Gespräch zu bleiben. Und dazu dienen ja auch die verschiedenen Formen, die wir in der Diplomatie kennen. Die verschiedenen Gesprächsformate, die verschiedenen Institutionen, Organisationen.

Es heißt ja: Solange geredet wird, wird nicht gekämpft.

Ja. Das ist die Grundregel. Und ich hoffe sehr, dass sie ihre Gültigkeit weiterhin behält.

Gibt es eigentlich eine Art Blaupause für politische beziehungsweise diplomatische Verhandlungen?

Nein, das nicht. Aber es gibt schon bestimmte Regeln. Zunächst muss man in den Dossiers wirklich sattelfest sein. Nicht oberflächlich, nicht nur den Sprechzettel auswendig gelernt haben, sondern man muss, wenn man verhandelt, sich in den Dingen bis ins kleinste i-Tüpfelchen auskennen. Das ist das eine. Und das Zweite ist, man muss den Gegenüber kennen. Man muss sich mit dem Gegenüber, mit den Gesprächspartnern intensiv auseinandersetzen. Vorher. Um sie kennenzulernen, wenn man sie nicht schon persönlich kennt. Dann ist man gut vorbereitet.

Das Einschüchtern und ruppige Auftreten vom russischen Außenminister Lawrow ist ja bekannt. Bei unserer Außenministerin Annalena Baerbock war er handzahn. – Beißhemmung oder plötzlich Gentleman?

Ich glaube, dass Frau Baerbock extrem gut vorbereitet war und sich extrem gut vorbereitet hat, und den Außenminister dadurch dazu gebracht hat, seine übliche Unflätigkeit nicht auszuüben. Ich glaube, dass es vor allen Dingen ein Ergebnis der extrem professionellen Art des Auftretens der Außenministerin war.



Foto: Andreas Egeresi

Sie waren fünf Jahre als stellvertretender Leiter des Referats für Globale Fragen in der außenpolitischen Abteilung des Bundeskanzleramtes tätig. Welche globalen Fragen lagen auf dem Tisch?

Damals ging es noch um die Entwicklungsziele. Das war ja Anfang, Mitte der 2000er-Jahre: die Millennium Development Goals. Das war ein so wichtiges Thema. Es ging um die damalige deutsche UN-Sicherheitsratsmitgliedschaft, und stärker als heute ging es um die Frage, ob es uns Deutschen gelingt, einen ständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat erhalten zu können. Das waren die UNO-geneigten Themen. Und ansonsten war die Bundeskanzlerin, und wir mit ihr, eine feste Bastion für die Menschenrechte. Ich erinnere – das fiel in meine Zeit etwa – an das Gespräch der Bundeskanzlerin mit dem Dalai Lama.

Deuteten sich damals schon die Fragen von Migration und Klima an oder waren es gänzlich andere Themen?

Klima auf jeden Fall. Die Bundeskanzlerin hat jahrelang als Klimakanzlerin die Debatte geprägt. Sie hat das Thema vorangetrieben, sie hat es öffentlich gemacht, sie hat zu einem Aufwachen in der Frage geführt. Klima war damals schon ein Thema und ich glaube, die Bundeskanzlerin hat hier große Ver-

dienste. In der Zeit, 2005/2006 bis 2011, gab es natürlich auch das Thema Migration. Aber es hatte bei Weitem nicht den Stellenwert, den es seit 2015 hat.

Haben sich die diplomatischen Gepflogenheiten in den letzten zwanzig Jahren verändert und wenn ja, wie?

Die Grundlagen, nämlich das Wort als Instrument des Diplomaten und Gespräche als Foren für die Diplomatie, das hat sich nicht geändert. Allerdings hat sich der Alltag der Auslandsvertretungen enorm verändert, wie auch in vielen anderen Bereichen durch das Aufkommen der digitalen Medien. Ein Diplomat ist heute viel weniger inkognito als noch vor wenigen Jahren. Die Diplomatie spielt sich eben auch im Internet ab, das hat sich verändert.

Kann man diplomatisches Fingerspitzengefühl lernen oder liegt so etwas in der Familien-DNA?

Idealerweise hat man schon eine gewisse Veranlagung. Aber natürlich kann man das lernen. Das ist das gute alte deutsche Wort der Erfahrung. Natürlich muss man auch Fehler machen, um daraus zu lernen, aber man muss eben auch lernen können.

Diplomaten sind immer Optimisten



Foto: Andreas Palotz

Auffälligerweise sind viele Diplomaten adelig.

Ja, das gilt heute nicht mehr so stark. Aber natürlich gibt es diese Tradition in vielen Familien. Und das ist auch nicht weiter erstaunlich. Denn die von ihnen genannten Familien sind oft international sehr verzweigt. Daraus kommt ein Grundinteresse an internationalen Dingen bei vielen Familien. Aber das ist nicht auf den Adel beschränkt.

Wolfgang Ischinger hat im Rahmen der letzten Münchner Sicherheitskonferenz gesagt: *Diplomaten sind immer Optimisten. Teilen Sie seine Meinung?*

Ja, unbedingt.

Knut Abraham, 1966 geboren in Hamburg, verheiratet, Vater von 5 Kindern.

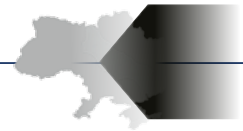
Jurastudium in Bonn, Examen in Düsseldorf und Berlin. 9 Jahre Büroleiter des Europaabgeordneten Otto von Habsburg, zudem Parlamentarischer Assistent am Europäischen Parlament in Brüssel. Besuch der Aus- und Fortbildungsstätte des Auswärtigen Amtes. Danach diplomatische Aufenthalte in Finnland und Bulgarien. Später Referent bei der NATO, stellvertretender Leiter für globale Fragen im Bundeskanzleramt. Er gehört dem 20. Deutschen Bundestag an und ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

Artikel 14(2) Grundgesetz

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Statement zum Ukraine-Krieg

Russlands „alte“ Politik in einer neuen Welt

Warum die schlimmsten Konsequenzen von Putins Angriff vermutlich auf der russischen Seite anfallen werden

Von Lars Jaeger

Der Angriff Russlands auf die Ukraine ist der erste militärische Angriff einer europäischen Nation gegen eine andere seit dem 8. Mai 1945. Und auf den ersten Blick scheint dieser Angriff

nach genau den gleichen Prinzipien und Methoden zu funktionieren wie der Angriff NS-Deutschlands auf Polen vor mehr als 82 Jahren, am 1. September 1939.

Lars Jaeger
Physiker und Philosoph





(c) picture alliance AA - State Emergency Service of Ukraine-Handout

Natürlich erleben wir Dinge, die es damals noch gar nicht gab:

- eine kaum zu überblickende Schar von direkten Kommentaren und Diskussionen aus dem Internet,
- eine instantane Berichterstattung von den Einzelheiten der Militäraktionen in die ganze Welt,
- der sofortige Eingriff in die internationale Zahlungsfähigkeit Russlands, z.B. mit dem Hinauswurf Russlands aus dem internationalen Bankgeschäft über einen Swift-Ausschluss (wenn sich auch einige Länder wie die Schweiz und sogar Deutschland schwer damit tun, denn es droht schließlich weniger Business),
- die erschreckende Drohung Putins, bei Eingriff des Westens Atomwaffen einzusetzen,
- der direkte Ausschluss Russlands aus der Entwicklung der Hightech-Wirtschaft des 21. Jahrhunderts durch Ausschluss von internationalen Projekten
- und zahlreiche weitere Dinge.

Doch nichtsdestotrotz erscheint der Angriff auf die Ukraine mit dem Ziel, Kiew zu erobern, dem Angriff Hitlers mit dem Ziel, Warschau einzunehmen,

zunächst sehr zu ähneln. Bei genauerer Betrachtung ist die Situation jedoch eine ganz andere als damals, insbesondere in Bezug auf die damals wohl bereits bedeutendste Entwicklungskomponente, die heute aber um ein Vielfaches wichtiger ist: Wissenschaft und Technologien.

Deutschland war damals die führende Wissenschaftsnation, wo nicht nur die Quantenphysik und Relativitätstheorie entstanden war, sondern die auch in Chemie, Biologie und Medizin weltweit führend war. Wie steht es mit Russland heute? Die Lage für das Land sieht ganz anders aus: In den internationalen Wissenschaften spielt es eine eher geringe Rolle. Auch neue Technologien kommen kaum daher. So gibt es zum Beispiel kaum ausländisches wissenschaftliches Personal, das nach Russland geht, um dort zu forschen.

Neue wissenschaftliche Ergebnisse und innovative Technologien kommen also kaum daher. Zu geschlossen und undemokratisch ist das Land. So verwenden die Russen gar in ihrer aggressiven Manipulation aus dem Internet zuletzt aus dem Ausland stammende Technologien. Dies bedeutet im Übrigen nicht, dass es auch für individuelle russische Wissenschaftler gilt. So gab es seit 1990 fünf Physik-Nobelpreise für Russen (in drei verschiedenen Jahren). Die Mehrzahl dieser Russen hatten aber bereits lange im Ausland gearbeitet.

Russland wird von der unglaublich schnellen Dynamik der internationalen Entwicklung der Technologien abgekoppelt werden, ökonomisch sowie militärisch

Wissenschaftler arbeiten nun einmal lieber in freien Ländern, und nicht in Ländern, in denen das Internet seit jeher unter staatlicher Überwachung steht (der Geheimdienst FSB kann – ohne richterliche Genehmigung! – den gesamten Mailverkehr in, von und nach Russland lesen und die Internetaktivitäten der russischen User in Echtzeit verfolgen). Mit anderen Worten: Die erfolgreichste und originellste wissenschaftliche Forschung findet nun einmal in offenen Gesellschaften statt (wie Deutschland dies mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus erfuhr, wo die führende Rolle in der Wissenschaft innerhalb von fünf Jahren verschwand). So wird der oben erwähnte Ausschuss von wissenschaftlichen und technologischen Projekten langfristig für Russland höchstwahrscheinlich am gravierendsten sein: Das Land wird von der unglaublich schnellen Dynamik der internationalen Entwicklung der Technologien abgekoppelt, was das Land immer weiter ins Hintertreffen geraten lässt, ökonomisch sowie zuletzt auch militärisch (woran zuletzt ja auch die Sowjetunion gescheitert ist).

Für autoritäre Herrscher sind die Wissenschaften nun einmal der Feind schlechthin, könnte man sagen, denn allein die Wissenschaft kann den Lügen und Zynismen, dem Machtkalkül und der verantwortungslosen, oft bis in den Wahn reichenden Vereinfachung der Herrscher die Stirn bieten. So hat auch die Sowjetunion (insbesondere unter Stalin) zahlreichen brillanten Wissenschaftlern den Tod zukommen lassen (wie unter anderem auch den Bruder vom Emmy Noether, Fritz Noether, der ebenfalls ein Mathematiker war und von Nazi-Deutschland nach Russland emigriert war).

So beschreibt der heutige Chef der Russischen Akademie der Wissenschaften, Alexander Sergejew, die Lage der Wissenschaft in seinem Land als „Tal des Todes“.

Die russische Wissenschaft trägt nicht zur Innovation der russischen Wirtschaft bei, die Zahl der Beiträge aus Russland auf bedeutenden internationalen Konferenzen und die Aufsätze russischer Forscher in führenden internationalen Zeitschriften ist so stark zurückgegangen, dass solche mit hoher Attraktivität und vielen Zitierungszahlen vernachlässigbar seien.

Die Forschungsfinanzierung pro Wissenschaftler sei 100-mal geringer als in Japan. Anfang der 90er-Jahre gab es noch fast dreimal so viele Wissenschaftler in Russland wie heute. So summiert sich unterdessen die Zahl der hochqualifizierten Auswanderer aus dem Land auf 44.000 pro Jahr.

Vor allem in den letzten Jahren, seit der Annexion der Krim und den immer weitergehenden Repressionen des Putin-Regimes gegen politisch Andersdenkende, wanderten mehr und mehr Wissenschaftler, und mit ihnen viele der gescheiterten jungen russischen Geister, in den Westen ab, können sie doch zu Hause nicht das umsetzen, was sie in ihren Köpfen haben.

Und dass russischstämmige Physiker im Ausland Erfolge haben, zeigten u.a. Andrej Geim und Konstantin Nowosjelow von der Universität Manchester, die im Jahre 2010 den Physik-Nobelpreis für die Erforschung des Nanomaterials „Graphen“ erhielten. Auf die Frage, ob er sich eine Rückkehr nach Russland vorstellen könne, antwortete Geim sarkastisch: „Erst nach meiner Wiedergeburt“.

Unser Ziel ist eine ökologische und soziale Marktwirtschaft. Wir müssen dabei die Nutzung der Umwelt aus einem Rahmenkonzept heraus begrenzen.
Das hat mit Planwirtschaft überhaupt nichts zu tun.

Klaus Töpfer
Ehrensensator des Senats der Wirtschaft

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Die Technologien, die Putin ermöglichen, zum Beispiel das Internet als militärisches Tool zu verwenden, wurden in den freien und offenen Gesellschaften des Westens erfunden

Lars Jaeger hat Physik, Mathematik, Philosophie und Geschichte studiert und mehrere Jahre in der Quantenphysik sowie Chaostheorie geforscht. Er lebt in der Nähe von Zürich, wo er zwei eigene Unternehmen aufgebaut hat, die institutionelle Finanzanleger beraten, und zugleich regelmäßige Blogs zum Thema Wissenschaft und Zeitgeschehen unterhält. Überdies unterrichtet er unter anderem an der European Business School im Rheingau.

Die Begeisterung für die Naturwissenschaften und die Philosophie hat ihn nie losgelassen. Sein Denken und Schreiben kreist immer wieder um die Einflüsse der Naturwissenschaften auf unser Denken und Leben. Im Herbst 2021 erschien neuestes Buch „Wege aus der Klimakatastrophe“ im Springer Verlag.

Was Russland ebenso langfristig sehr schwach dastehen lässt, ist, dass seine Ökonomie nahezu komplett vom Export fossiler Brennstoffe abhängig ist. Dies lässt Russland auch in einer zukünftig wohl besonders wichtigen ökonomischen Disziplin ebenfalls komplett ins Hintertreffen gelangen: ökologische Innovationen. Hier handelt China, der größte Verbraucher von fossiler Energie und oft mit Russland bezüglich seines autoritären Eigeninteresses verglichen, ganz anders: Trotz des hohen Kohleverbrauchs ist China bereits der größte Produzent alternativer Energien in Form von Wind, Wasser und Sonne.

Die Technologien, die Putin und Russland ermöglichen, zum Beispiel das Internet als militärisches Tool zu verwenden, wurden allesamt in den freien und offenen Gesellschaften des Westens erfunden und entwickelt, dort, wo sich die Kreativität der Menschen am besten entfalten kann. So sagte Joe Biden als Reaktion auf Russlands Angriff auf die Ukraine mit klarer Stimme:

„Freiheit, Demokratie, Menschenwürde – diese Kräfte sind um ein Vielfaches stärker als Angst und Unterdrückung. Sie können von Tyrannen wie Putin und seinen Armeen nicht ausgelöscht werden. Sie können den Herzen und den Hoffnungen der Menschen durch kein Maß an Gewalt und Einschüchterung entrissen werden. Sie überdauern. Und täuschen Sie sich nicht im Kampf zwischen Demokratie und Autokratie, zwischen Souveränität und Unterwerfung: Die Freiheit wird siegen.“

Dieser Aussage des US-Präsidenten kann man nur zustimmen.

Die Antwort auf die Klimafrage steht auf Milliarden Blättern.



Beleafit

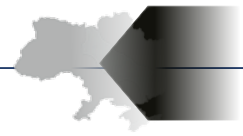


Wenn wir gemeinsam 1.000 Milliarden Bäume pflanzen,
kühlen wir unsere Erde um bis zu 1° C ab. #Beleafit

Jetzt mitpflanzen! Unter plant-for-the-planet.org
oder in der **Plant-for-the-Planet App**

In Partnerschaft mit dem





Ukraine-Krieg

„Die Ukrainer haben es geschafft, uns aufzuwecken“

Die Grünen-Politikerin Marina Weisband und der Krieg gegen die Ukraine

Von Marc Härthe



Fotos: Tibor Bozi

Frau Weisband, ich glaube, für Sie ist es gerade eine schwere Zeit, Sie sind Deutsche und Ukrainerin. Wie ist Ihre Stimmung gerade: Haben Sie Hoffnung oder überwiegt der Pessimismus?

Dieser Krieg wird noch lange dauern und er wird immer unmenschlicher werden. Er wird sich immer stärker gegen die Zivilbevölkerung richten. Gegen Infrastruktur und Versorgung. Und ich habe einfach ganz unmittelbar Familie, die von all dem betroffen ist und mit der ich jeden Tag rede. Ich sehe kein Ende in Aussicht. Europa ist nicht entschlossen genug und Russland unterliegt der Spielerkrankheit, wo Putin nicht zurückweichen, sondern nur seine Einsätze immer weiter erhöhen kann.

Für die Deutsch-Ukrainerin Marina Weisband ist es eine schwere Zeit, seit der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Sie bringt viel Zeit dafür auf, sich auf allen Kanäle zu informieren – auch weil sie aus ihrer Jugend noch viele persönliche Ansichten und Kontakte nach Kyiv hat. Marc Härthe sprach mit ihr über ihr Leben und ihre Ansichten im Angesicht des Ukraine-Kriegs.

Das klingt in der Tat nicht optimistisch ...

(lacht kurz) Ich glaube, dass die Ukraine diesen Krieg tatsächlich gewinnen kann. Ich sehe, dass die russische Armee auf dem letzten Loch pfeift, durch ihre eigene Misskalkulation und durch den systematischen Diebstahl, der auch dort ganz gezielt stattfand. Aber das wird der Ukraine alles nichts bringen, wenn Russland stattdessen einfach auf die verhältnismäßig günstige Artillerie setzt, mit der sie gerade dicht besiedelte Städte beschießt.



Foto: Andrew Marienko (dpa)

Was denken Sie eigentlich aktuell über Russland und die Menschen, die dort leben?

Ich meine, wir sehen viele Heldinnen und Helden in Russland. Das sind alle, die auf die Straße gehen, weil, das ist ja nicht, wie hier auf die Straße zu gehen. Es ist anders. Man muss dort absolut damit rechnen, verhaftet zu werden und ohne faires Gerichtsurteil weggesperrt zu werden – für wer weiß wie lange. Und im Gefängnis verprügelt zu werden. Es sind wirklich Heldinnen und Helden, die trotzdem auf die Straße gehen. Es wären natürlich viel, viel mehr ohne diese Repressionsmaßnahmen.

Auf der anderen Seite unterstützen sehr viele Menschen diesen Krieg. Sie wurden seit Jahren hirngewaschen. Ich habe mir die gesamten acht Jahre lang die russische Propaganda angeschaut und es ist absolut verständlich, dass bei der Informationslage, die die haben, sie diesen Krieg unterstützen. Macht sie das weniger schuldig? Haben sie deshalb weniger Verantwortung? Damit haben wir uns hier in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zurecht lange auseinandergesetzt und wir sind zu dem Schluss gekommen: Ja! Die Bevölkerung trägt die Mitverantwortung für die Entscheidung eines diktatorischen Regimes, wenn sie dem unkritisch zujubelt. Es ist schwierig! Ich sehe es absolut kritisch, irgendwelche Russen hier in Deutschland anzugreifen. Wir können nicht in Köpfe schauen. Wir wissen nicht, was Menschen denken oder tun. Es ist absolut verwerflich, Menschen zu diskriminieren. Ich liebe Russland und die russische Kultur. Das werde ich auch so beibehalten. Ich spreche mit meiner Tochter russisch. Aber es fällt von Tag zu Tag schwerer zu vergeben, was da passiert.

Sie sind normalerweise sehr umtriebig. Sie engagieren sich bei den Grünen, sind künstlerisch aktiv, sie setzen sich im Bereich Bildung und Schulen mit verschiedenen Projekten ein.

Überlagert der Krieg momentan eigentlich das alles, was sonst so Ihre Felder sind?

Ein Stück weit ja, einfach weil ich im Moment in einer Phase bin, in der ich jeden Morgen um vier Uhr wach werde und gucke, was in der Nacht von der Artillerie getroffen wurde, welche Viertel getroffen wurden und ob ich da jemanden kenne. Das ist natürlich eine akute Ausnahmesituation, in der ich gerade lebe.

Gleichzeitig verstehe ich, dass die Ukraine Demokratie und Selbstwirksamkeit verteidigt, was sie neu – als Land – entdeckt hat, und das ist präzise das, was ich auch verteidige – nur halt auf ganz andere Weise, indem ich praktische Schülerbeteiligung mache, indem ich mich gegen Extremismus in Deutschland einsetze – aber eigentlich beschäftige ich mich mit genau denselben Themen.

Ich habe 2013 meine Diplomarbeit über Wertorientierung ukrainischer Kinder im postsowjetischen Raum geschrieben und ich arbeite seit jeher mit Jugendlichen und ihrem Demokratieverständnis und ihrem Selbstwirksamkeitsgefühl. Denn ich verstehe, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist – gerade als Migrantin verstehe ich das. Und dass die Demokratie erkämpft werden muss – erlebt werden muss – erlernt werden muss. Und das ist, wofür ich mich in der Breite meiner Tätigkeiten immer eingesetzt habe.

Sind wir da in Deutschland aktuell in Sachen Demokratieverständnis und -wertschätzung auf dem absteigenden Ast? Nach dem Einzug der AfD ins Parlament und nach Corona und „Querdenken“?

Deutschland ist sehr demokratieverwöhnt und müde. Ich glaube nicht, dass den meisten Menschen klar ist, was Demokratie bedeutet. Ich glaube nicht, dass die meisten Menschen lebendig vor Augen haben, was die Alternative wäre. Ich glaube, es ist in Worten allen sehr, sehr klar und es wird ja auch in jeder Rede beschworen, aber gleichzeitig legt man sehr wenig Wert darauf.

Zum Beispiel ist Beteiligung an Schule etwas, das man dann macht, wenn alles andere rund läuft. Priorität hat an der Schule immer noch die Matheprüfung. Bürgerbeteiligung ist auch so etwas. „Kann man ja mal machen ...“ Aber das wird viel mehr als Selbstzweck gesehen. Es wird aber einfach nicht im Kern verstanden, wofür die Demokratie eigentlich gut ist. Und ich sehe jetzt sehr viele Menschen in Deutschland, die sagen: „Warum kapituliert die Ukraine nicht, dann könnte man viele Tote vermeiden?“ und das zeigt ein tiefes Unverständnis dessen, wofür dort gerade gekämpft wird und was die Alternative ist. Denn es wird gesagt: „Ja, man kann ja kapitulieren und dann in den zivilen Widerstand wechseln.“ Das ist aber das, was dann nicht mehr möglich sein wird. Das sieht man ja in Russland, wie schnell jemand verhaftet wird, der auch nur ein leeres Blatt hochhält.

Ich glaube, dass Deutschland sehr lange das Glück hatte, in einer friedlichen Demokratie zu leben, und deshalb nicht „kampfbereit“ genug ist, und ich meine nicht militärisch. Ich meine, nicht passioniert genug ist, tatsächlich diese Selbstwirksamkeit zu fördern.

Ist Deutschland also zu verwöhnt und zu faul geworden?

Ich würde nicht sagen, zu verwöhnt und zu faul. Ich würde sagen, wir setzen die falschen Prioritäten. Wir reden jetzt schon wieder sehr viel über Benzinpreise und ich habe das Gefühl, dass der Konsum einen sehr großen Stellenwert eingenommen hat, da wo mehr menschliche tatsächliche Freiheit rein sollte.

Sie sprechen sich in dem Zusammenhang für ein Energiegeld aus. Was meinen Sie damit und warum wäre das gut?

Also erstens: Benzin ist ja nicht wirklich knapp. Es ist hauptsächlich Spekulation, die das in die Höhe treibt, und es sind hauptsächlich die Raffinerien, die die Gewinne daraus einsacken. Ich verstehe nicht ganz, warum die vom Staat subventioniert werden müssen, damit unser Benzinverbrauch bloß weiter genau gleich hoch bleibt und wir uns letztlich abhängiger machen von autokratischen Regimen, die uns dann das Öl verkaufen. Und ich verstehe auch nicht, warum wir weiterhin mit 200 über die Autobahn rasen dürfen, wenn eigentlich gerade jetzt Energie gespart werden müsste. Aber vor allem ist der wachsende Benzinpreis schlimm für ärmere Menschen. Und die sind auch betroffen von steigenden Heizkosten, steigenden Lebensmittelkosten, alles was da noch kommt. Das kann nicht alles an der Zapfsäule kompensiert werden. Deshalb ist es sehr wichtig, gezielt den Menschen zu helfen, die tatsächlich Geld brauchen, und nicht Menschen zu helfen, die viel Benzin verbrauchen.

Tut Deutschland im Gesamtkontext des Krieges gegen die Ukraine noch zu wenig? Müssen wir mehr tun?

Ja. Das erste, was wir tun müssen, ist aufhören, Putins Krieg zu finanzieren durch die Bezahlung seines Gases. Das ist, glaube ich, die erste Priorität. Putin hat jetzt eine Gesetzesänderung erlassen, die es leichter macht, die Überschüsse aus dem Gasverkauf direkt zu sogenannten „Sonderzwecken“ zu verwenden – also den Krieg zu finanzieren. Das ist also eine direkte Pipeline vom Gas in die Bomben, die auf die ukrainische Bevölkerung geworfen werden. Und das ist falsch. Es gibt keine moralische Ebene, auf der das verantwortbar wäre. Wir haben Aussagen, dass wir auch ohne diese Gasimporte überleben können, und ich verstehe nicht, warum die Bundesregierung nicht stärker darauf setzt, Energie zu sparen gemeinschaftlich – ich glaube, das ist gerade zumindest ziemlich populär. Denn die Moral ist da. Und stattdessen will ja die FDP tatsächlich den Verbrauch noch bezuschussen und prämiieren – dann hast du also Vorteile daraus, wenn du mehr verbrauchst.

Was wird aus Ihrer Sicht der Preis des Friedens sein – sowohl für die Ukraine als auch für Deutschland, Europa und den Rest der Welt?

Ich denke, dass es wahren Frieden nur geben kann, wenn in Russland ein Regimewechsel stattfindet. Und um das zu forcieren, muss man die jetzige Regierung Russlands in eine Situation versetzen, in der sie nicht mehr in der Lage ist, einen Staat zu führen und zu unterhalten. Und vor allem, diesen Krieg zu unterhalten. Im Moment können wir dafür sorgen, Putin in eine Situation zu bringen, in der er gezwungen ist, seinen Krieg zu pausieren. Seine Waffen schweigen zu lassen, weil er sonst seine eigene Ökonomie nicht mehr unterhalten kann. Wahrer Frieden wird erst möglich sein, wenn diejenigen gehen, deren fixe Idee es ist, einen Krieg gegen die Idee der Demokratie zu führen. So lange es solche Leute gibt und sie an der Macht sind, deren Ziel die Vernichtung der Demokratie an sich ist – es gibt ja ein ganzes internationales Netzwerk dieser „Krieger“ gegen die Demokratie – wenn wir es nicht schaffen, die zu besiegen, werden wir keinen echten Frieden haben. Sie werden nämlich weiter versuchen, Demokratien zu sabotieren, von außen und von innen – mit Waffengewalt und Desinformation.

Wenn irgendwann tatsächlich mal die Waffen schweigen sollten – was müssen Deutschland und Europa dann tun?

Wir müssen erst mal eine Energieunabhängigkeit schaffen. Wir müssen das, was die CDU 16 Jahre lang mutwillig verzögert hat – nämlich die Energie-wende – im Eiltempo vollziehen. Das hätte den sehr guten Effekt, dass wir keine Gelder mehr an Autokraten überweisen müssten und es hätten den „Nebeneffekt“, dass die Erde überleben kann, was im Übrigen auch sehr positiv ist, für Frieden, weil das, was in der Ukraine gerade passiert, wäre ja ein Witz gegen das, was passieren würde, wenn große Gebiete der Erde auf einmal ohne Wasser für die Bevölkerung bleiben würden und wir dann Klimafluchtbewegungen haben und Kriege um Zugang zu Ressourcen und bewohnbaren Raum. Das müssen wir uns auch vor Augen führen. Und die Prävention dagegen beginnt jetzt und hätte eigentlich vor 50 Jahren beginnen müssen.

Also Energieunabhängigkeit ist ganz wichtig. Darüber hinaus müssen wir in demokratische Strukturen und Frühbildung investieren. Und das ist kein „nice to have“, sondern das ist ganz, ganz grundlegend, damit wir einfach auch eine nächste Generation haben, die ein Vertrauen in Institutionen hat, die selbstwirksam ist, die weiß, wofür sie sich einsetzt, die für bestimmte Werte einfach auch brennt, und die sich auch als Gestalter und nicht bloß als Konsument bzw. als Opfer der Gesellschaft versteht. Und wir müssen die soziale Frage klären. Bedeutet viel, viel mehr Geld in Bildung, in allen sozialen Berufen, Pflege, weil das das Rückgrat der Gesellschaft ist. Und wir treiben seit vielen Jahren Raubbau daran. Ohne eine soziale Gerechtigkeit können wir keine Demokratie leben, weil ein Staat, vor dem alle gleich sein sollen, aber die einen in vier Jobs arbeiten müssen, nur um irgendwie zu überleben, und die anderen Politiker und Politikerinnen bezahlen können, ist kein gerechter Staat und damit keine echte Demokratie.



Der Westen ist geeint wie nie, diskutiert jetzt plötzlich über echte Lösungen und streitet auf Grundlage anerkannter Fakten. Das gibt mir Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Haben Sie einen Wunsch oder eine Hoffnung für die Zukunft?

Ich glaube, die Ukrainer haben es geschafft, uns aufzuwecken. Die deutsche Bevölkerung ist nicht mehr so phlegmatisch. Ich sehe viel spontane Selbstorganisation in der Flüchtlingshilfe. Ich sehe Solidarität und so ein emotionales Brennen in den Menschen, dass ich so schon lange nicht mehr gesehen habe. Nicht in allen, aber in sehr vielen. Und ich glaube, das Verständnis ist erwacht, was Demokratie heißt, dass sie keine Selbstverständlichkeit ist und erkämpft werden muss, und dass viele Menschen gerade dafür buchstäblich sterben. Ich glaube, das rückt die Perspektive über diese Debatte, die wir jetzt über zwei Jahre geführt haben – ist das Tragen von Masken eine Freiheitseinschränkung, ist es Diktatur, wenn radikale Impfgegner nicht in Talkshows eingeladen werden – ich glaube, wir haben verstanden, was eine Diktatur und eine Demokratie ist, und ich hoffe, dass das Europa aus dieser Lethargie der letzten Jahre aufweckt. Wir sehen, dass der Westen geeint ist wie nie. In Talkshows sitzen tatsächliche Expertinnen und Experten mit verschiedenen Meinungen – aber ohne Krawall. Man diskutiert jetzt plötzlich über echte Lösungen und streitet auf Grundlage anerkannter Fakten. Und das gibt mir Hoffnung, dass wenn wir das jetzt clever nutzen, kann das eine gesündere, bessere Zukunft werden.

Herzlichen Dank, Frau Weisband!

Marina Weisband wurde am 4. Oktober 1987 in Kyiv als Tochter einer jüdischen Familie geboren. 1994 zog sie mit ihrer Familie nach Wuppertal, wo sie aufwuchs. Weisband ist Diplom-Psychologin und Beteiligungspädagogin und war von Mai 2011 bis April 2012 politische Geschäftsführerin und Mitglied des Bundesvorstands der Piratenpartei Deutschland. Heute engagiert sie sich bei den Grünen in den Themenbereichen Digitalisierung und Bildung. Sie hat zudem mehrere Bücher geschrieben.

„Frag uns doch!“ Eine Jüdin und ein Jude erzählen aus ihrem Leben (S.Fischer)

„Wir nennen es Politik – Ideen für eine zeitgemäße Demokratie“ (Klett-Cotta)

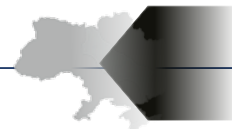
Darüber hinaus engagiert sich Weisband als freischaffende Künstlerin und leitet seit 2014 das von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Projekt „Aula – Schule gemeinsam gestalten“, das Schüler ab der fünften Jahrgangsstufe dazu befähigen möchte, sich aktiv an der Gestaltung ihres schulischen Umfelds zu beteiligen und so demokratisches Handeln zu erproben.

Wer nach vorne blickt, weiß nie, was wirklich Sinn ergibt.
Nur im Rückblick erscheint etwas logisch.

Steve Jobs

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft





Statement exklusiv Sigmar Gabriel

Es geht um weit mehr als die Ukraine

Wie der ehemalige Außen- und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel den Krieg gegen die Ukraine einordnet



Quelle: picture alliance / Eventpress Stauffenberg

Zu Beginn von Russlands Krieg gegen die Ukraine äußerte sich Sigmar Gabriel gegenüber dem Senat der Wirtschaft Deutschland. Der ehemalige Außen- und Wirtschaftsminister zeigte sich dabei, was diesen Krieg Russlands gegen die Ukraine angeht, „ebenso ratlos wie die meisten Menschen“. Allerdings vermutet Gabriel in seiner persönlichen Einschätzung, dass es um weit mehr geht als um die Ukraine.

Der langjährige SPD-Vorsitzende, der heute auch Ehrensensator des Senats der Wirtschaft ist, führt weiter aus, der russische Präsident sehe, dass in den kommenden zehn Jahren die Welt neu geordnet wird. Die alte Weltordnung, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde, ist mit etwas Verspätung zu Ende gegangen. Und mit ihr die „Pax Americana“.

Länder wie China, Indien und sicher bald auch die Staaten Afrikas fordern ihr Recht ein, im 21. Jahrhundert mit über die globale Ordnung zu entscheiden. In diesem Ringen um Macht und Einfluss in der entstehenden neuen globalen Ordnung will Russland eine bestimmende Rolle einnehmen. Deshalb ist Russland in den Krieg in Syrien eingestiegen, deshalb schickt der russische Präsident Söldner nach Westafrika und aus diesem Grund führt er Krieg in Europa. Er will wieder über das Schicksal und die Zukunft (mit-)entscheiden. In den letzten 30 Jahren hat Russland stetig an Einfluss in Europa verloren. Es ist auf den Status eines Energielieferanten herabgesunken. Und genau das will Wladimir Putin jetzt korrigieren. Der Zeitpunkt schien ihm günstig zu sein: die USA innenpolitisch zerrissen und außenpolitisch auf China fixiert, die EU schwach und führungslos und die NATO unter Druck (Macron: Die NATO ist hirntot). Die Ukraine ist also eher Mittel zum Zweck als das eigentliche Ziel.

Putin hat sich allerdings „im Westen“ getäuscht, meint Gabriel: NATO, USA und Europa sind so einig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Allein die nukleare Bewaffnung Russlands hindert die NATO daran, auf der Seite der Ukraine zu kämpfen.

Die Gefahr ist groß, dass der Krieg weiter eskaliert und wir in Kiew Augenzeugen eines „zweiten Grosnys“ werden. Am Ende stehen sich Russland und die NATO erneut in einem „Kalten Krieg 2.0“ direkt gegenüber – bis an die Zähne bewaffnet. Nur dass dieser „Kalte Krieg 2.0“ gefährlicher sein wird als der erste: Cyberangriffe und Fake News können echte militärische Konflikte auslösen mit unabsehbaren Folgen.

Deshalb muss man Russland jetzt stoppen. Deshalb die härtesten Sanktionen, die es weltweit bislang gab und deshalb die Klarheit darüber, dass wir wieder einen „Langstreckenlauf“ vor uns haben. Aber wir haben den schon einmal gewonnen: gegen die Sowjetunion. Ein Land, das weitaus stärker war als das heutige Russland. Deshalb werden wir es auch dieses Mal gewinnen.

In der lebendigen Natur geschieht nichts, was nicht in
Verbindung mit dem Ganzen steht.

Johann Wolfgang von Goethe



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Statement der Executive Secretary des UN-Klimasekretariats Patricia Espinosa

„Es ist ein fragiler Erfolg“

Die Chefin der Klimaschutzkonferenz COP26 und ihre Bewertung



Die Leiterin des Sekretariats der Klimarahmenkonvention der UN in Bonn, Patricia Espinosa, sieht die Ergebnisse der international viel beachteten und bisweilen auch geschmähten Klimakonferenz in Glasgow nicht so schlecht, wie das in der medialen Nachschau oft der Fall gewesen ist. Vor allem der Multilateralismus – die internationale Zusammenarbeit – ist ihr wichtig, um Lösungen gegen den Klimawandel zu finden.

Ich bin mir bewusst, dass nicht alle zufrieden sind mit dem, was wir in Glasgow erreicht haben. Auch ich bin nicht vollständig zufrieden. Aber man muss anerkennen, dass es sich dabei um das Wesen von Multilateralismus und Diplomatie handelt. Kein System ist perfekt! Der Weg zu Konsens und Einigung ist niemals gerade. In den wenigsten Fäl-

len sind alle Parteien zu 100 Prozent zufrieden. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns anschauen, was wir erreicht haben. Fast 200 Länder sind zusammengekommen und haben Klarheit geschaffen bezüglich der Arbeit, die wir erledigen müssen, um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen. Das verdeutlicht die einzigartige Stärke des multilateralen Klimaprozesses und ist der Beweis, dass im Angesicht einer globalen Herausforderung Länder an gemeinsamen Lösungen arbeiten können. Die konkreten Ergebnisse der Klimakonferenz sehe ich in erster Linie in vier wesentlichen Elementen, die einen entscheidenden Fortschritt in unserem Kampf gegen den Klimawandel bedeuten.

Zunächst die Anpassung an den Klimawandel, die sich durch alle Gespräche in Glasgow gezogen hat. Auch der finale Text unterstreicht die Bedeutung dieses Themas explizit. Denn nachdem der Fokus viel zu lange allein auf der Abschwächung des Klimawandels lag, ist das ein wichtiger Schritt nach vorne. Die Abschwächung des Klimawandels ist ohne Frage von zentraler Bedeutung, aber ich denke, dass COP26 klargemacht hat, dass Anpassung an den Klimawandel kein zweitrangiges Thema mehr sein wird. Wir haben jetzt einen Fahrplan, um ein globales Ziel für die Anpassung an den Klimawandel zu definieren. Dieser Plan wird uns helfen, die Bedürfnisse und Lösungen zu identifizieren, die bereits heute in diesem Feld existieren. Außerdem haben wir das sogenannte „Santiago-Netzwerk“ gestärkt. Das Netzwerk bietet Ländern technische Unterstützung mit Blick auf Verluste und Schäden, die durch den Klimawandel entstanden sind. Auch dieser Schritt bringt uns dem Ziel, Länder besser auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten, näher.



Das zweite Thema, das ich hervorheben möchte, ist die Klimafinanzierung. Alle Parteien waren sich einig, dass Entwicklungsländer deutlich mehr Unterstützung erhalten müssen. Alle Parteien haben anerkannt, dass die Länder, die am stärksten vom Klimawandel bedroht sind, nicht ignoriert werden können, und dass diese Länder mehr finanzielle Planungssicherheit für die Anpassung an den Klimawandel benötigen. Und obwohl wir die Forderung nach einer Verdoppelung der Gelder für die Anpassung begrüßen – die tatsächlichen Bedürfnisse gehen weit über das hinaus, was zurzeit verfügbar ist. Dieses Thema muss eine Priorität für alle Parteien bleiben. Denn trotz dieser Fortschritte konnten die Vertragsstaaten das Versprechen des Pariser Klimaabkommens, demzufolge entwickelte Länder jährlich 100 Milliarden Dollar für Entwicklungsländer zur Verfügung stellen sollen, nicht erfüllen. Das ist enttäuschend und ich habe allen Parteien gesagt, dass diese Lücke im kommenden Jahr endgültig geschlossen werden muss. Dabei geht es nicht nur um die 100 Milliarden. Es geht auch darum, so schnell wie möglich ein neues globales Ziel für die Klimafinanzierung zu definieren.

Mit Blick auf die Abschwächung des Klimawandels sind wir in Glasgow mit dem Wissen angekommen, dass es weiterhin eine große Emissionslücke gibt – also eine Diskrepanz zwischen der benötigten Reduzierung unserer Emissionen und den bisher eingereichten nationalen Klimaplänen. In Glasgow haben sich alle Länder darauf geeinigt, Wege zu finden, um diese Lücke zu schließen. Es gibt keinen Zweifel daran, wie dringlich diese Aufgabe ist. Mehr Ambition in nationalen Klimaplänen wird deshalb eine Priorität für unsere Arbeit bleiben.

Schließlich haben wir in Glasgow die Richtlinien zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens abgeschlossen. Diejenigen, die diesen Prozess schon länger verfolgen, werden wissen, wie bedeutend dieser Schritt ist. Nach sechs Jahren intensiver Verhandlungen haben wir einen Kompromiss zur Implementierung von Artikel 6 des Pariser Klimaabkommens erreicht. Die Umsetzung dieses Artikels, der sich mit der Organisation von Kohlenstoffmärkten beschäftigt, wird es Ländern ermöglichen, besser zusammenzuarbeiten, zusätzliche Finanzmittel zu mobilisieren, den Privatsektor stärker einzubinden und all das unter dem Dach gemeinsamer Regeln. Auch wenn Artikel 6 keine Schlagzeilen macht – dieser Kompromiss ist ein großer, wichtiger Schritt nach vorne.

Ein weiterer Erfolg, war die Finalisierung der Verhandlungen zum sogenannten „Enhanced Transparency Framework“. Mehr Transparenz in unserem Prozess hilft, Vertrauen zwischen den Vertragsstaaten zu bilden, und ist entscheidend für unsere Arbeit in den kommenden Jahren.

All diese Entscheidungen bedeuten Fortschritt mit Blick auf unser ultimatives Ziel: Die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad Celsius. Und obwohl es wahr ist, dass im Kontext eines multilateralen Prozesses mit beinahe 200 Ländern selbst kleine Erfolge großen Fortschritt bedeuten, muss eines klar sein: Wir können uns nicht erlauben, dass der Klimawandel den Multilateralismus abhängt. Ja! Länder haben große Fortschritte gemacht in Glasgow. Aber wir hinken dem Klimawandel immer noch hinterher. Wir müssen mehr unternehmen. Der Multilateralismus muss sich weiter entwickeln. Aus diesem Grund folgen wir im UN-Klimasekretariat

Wenn Paris das Ziel definiert hat, dann hat Glasgow endgültig den Weg dafür frei gemacht

einem Ansatz, den wir „inklusive Multilateralismus“ nennen. Dabei geht es vor allen Dingen darum, dass nichtstaatliche Akteure stärker in unsere Prozesse eingebunden werden. Das bedeutet eine enge Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, mit Städten, Regionen und der Zivilgesellschaft als Ganzes.

In Glasgow haben wir das Konzept des „inklusive Multilateralismus“ in Aktion gesehen. Insbesondere durch die verschiedenen Ankündigungen, die außerhalb des formellen UN-Klimaprozesses gemacht wurden. Wir haben Ankündigungen zum Schutz von Wäldern, Ozeanen, Land und Natur gesehen. Wir haben Zusagen für verstärkten Klimaschutz im Gesundheitssektor gesehen.

Wir haben Versprechen für die stärkere Einbindung von indigenen, regionalen und lokalen Gemeinschaften gesehen. Wir haben Klimaaktivisten gesehen, die sich friedlich für mehr Klimaschutz stark gemacht haben. Wir haben die Stimmen von Städten, Regionen, großen und kleinen Unternehmen, von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen und unzähligen anderen gehört. Diese Vielfalt war schon immer Teil der Vision des Pariser Klimaschutzabkommens. Jeder und Jede muss eine Rolle spielen, um die Ziele des Abkommens zu erreichen. Jetzt, wo die Richtlinien zur Umsetzung des Abkommens abgeschlossen sind, haben wir alle Voraussetzungen, um die Vision des „inklusive Multilateralismus“ in konkrete Projekte und Kooperationen zu übersetzen.

Wenn Paris das Ziel definiert hat, dann hat Glasgow endgültig den Weg zu diesem Ziel freigemacht. Jetzt liegt es an den Ländern, diesen Weg zu beschreiten, und zwar mit voller Geschwindigkeit. Das bedeutet, dass wir die Fortschritte aus Glasgow nutzen müssen, um bestehende Hürden zwischen dem Prozess des Pariser Klimaschutzabkommens und realwirtschaftlichen Akteuren zu beseitigen. Es bedeutet aber auch, dass alle Parteien jetzt ihre Klimapläne überarbeiten und neue 1,5-Grad-konforme Pläne vorlegen müssen. Es bedeutet den Übergang von der Verhandlung des Abkommens zu seiner Umsetzung. Es bedeutet die vollständige Entfaltung der Kraft des Pariser Klimaschutzabkommens. Nur wenn diese Dinge gelingen, können wir ein Jahrzehnt des transformativen Klimaschutzes starten, und nur dann wird es uns gelingen, bis zum Jahr 2030 eine 45-prozentige Reduktion unserer Emissionen gegenüber 2010 zu erreichen.



Die UN-Klimachefin ist schon seit Jahren im Gespräch mit der Klimainitiative des Senats der Wirtschaft

Den Glauben an den Wert, den müssen wir uns erhalten,
wenn wir nicht an Wert verlieren wollen.

Emanuel von Bodmann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Statement 30 Jahre Maastrichtverträge Jean Asselborn

Wie Europa im Zeitalter neuer Mauern agieren muss

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn zum Wert des freien Handels



Foto: SIP – Yves Kortum

In seiner Funktion als Außen- und Europa-minister Luxemburgs ist Jean Asselborn unter anderem für internationalen Handel zuständig. So hat er das Privileg, seit 18 Jahren mit an den Tischen sitzen zu dürfen, an denen die Entscheidungen getroffen werden, die das europäische und internationale Welthandelsgeschehen grundsätzlich mitgestalten und verändern. Er hat in einer Rede auf dem Gipfeltreffen der Weltmarktführer in Schwäbisch Hall Anfang des Jahres einige Denkanstöße geliefert, wie man gestärkt aus der Krise hervorgehen könnte.

Zunächst muss man ein paar Jahre in der Zeit zurückblicken auf das Jahr 1995. Fünfzig Jahre nach der Gründung der großen multilateralen Organisationen erblickte die Welthandelsorganisation, die neue Hüterin des Welthandels, den Tag. Nach Ende des Kalten Krieges konnte der Westen sich jetzt, neben der Befestigung der Demokratien, zur Aufgabe machen, die Welt von Handelshemmnissen zu befreien und seinen Unternehmen freien Zugang zu allen Märkten zu verschaffen.

Diese beiden Ziele fanden ihre kombinierte Umsetzung in einer Politik, die der bekannte Ausdruck „Wandel durch Handel“ perfekt zusammenfasst ... ein Ausdruck, der unsere Hoffnung widerspiegelte, dass die wirtschaftliche Öffnung autoritärer Länder demokratische Übergänge erleichtern würde ... ein Ausdruck, der aber jetzt dafür steht, dass wir zu lange die Augen zugedrückt haben, besonders im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen.

Im Nachhinein sehen wir, dass wir zu optimistisch waren – manche werden sagen naiv – und uns zu sehr auf unsere eigenen Erfahrungen verlassen haben mit der Schaffung, durch die Zusammenarbeit im Bereich von Kohle und Stahl, einer europäischen Freihandelszone und Wertegemeinschaft.

Zweifellos haben wir auch den Widerstand gegen Veränderungen unterschätzt, da demokratische Übergänge als systemische Bedrohung für die herrschenden Kräfte wahrgenommen werden.

Dies hat zu grundlegenden Verschiebungen im internationalen Handel geführt, welche mit zum Teil erheblichen Instabilitäten in den internationalen Beziehungen einhergehen.

Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung Chinas hat zu bedeutenden Veränderungen im internationalen Handel beigetragen. Das Reich der Mitte hat sich zu einer wirtschaftlichen Großmacht entwickelt und parallel dazu seinen politischen Einfluss auf der ganzen Welt ausgebreitet.

Fast 20 Jahre nach der Aufnahme Chinas in die Welthandelsorganisation ist es immer noch nicht gelungen, die Probleme im Zusammenhang mit dem Marktzugang und die diskriminierende Behandlung unserer Unternehmen zu beheben. Ende 2019 weckte der Abschluss der Verhandlungen über die Einrichtung eines Investitionsabkommens die Hoffnung, dass wir auf dem richtigen Weg sind, um mit der Schaffung eines Level Playing Field zu beginnen, aber dieser Prozess ist augenblicklich festgefahren.

Und ich befürchte, dass diese Lage anhalten wird. Die Regierung in Peking strebt die ideologische Kontrolle der chinesischen Gesellschaft an, in der Einzelpersonen und ethnische Gruppen aufgerufen werden, sich unterzuordnen. Modernste Technologie erleichtert diesen Vorgang. Wer nicht in das vom Staat vorgegebene Identitätsschema passt, riskiert, einen hohen Preis zu zahlen. Was die Uiguren erleben, ist nicht akzeptabel. Das ist der Grund, weshalb die Europäische Union sich gezwungen sah zu handeln, indem sie Sanktionen gegen Verantwortliche für die Missbräuche in Xinjiang verhängte. Wie Sie wissen, haben die chinesischen Behörden reagiert, indem sie ihrerseits Sanktionen gegen EU-Parlamentarier und Diplomaten beschlossen haben und somit selbst die Aussetzung des Prozesses zum Abschluss des Investitionsvertrags bewirkt haben.

Wir müssen nun sehen, wie wir die Interessen unserer Unternehmen in China im Rahmen eines breiteren Dialogs voranbringen können, ohne unser starkes Engagement für die Achtung der Menschenrechte in Frage zu stellen.

Aber China scheint nicht bereit, auf politischer Ebene auf den Westen zuzugehen, und das wird sich auch auf unsere Handelsinteressen auswirken.

Internationaler Handel auf der Grundlage von Wertschöpfungsketten und integrierten Logistikketten ist nur möglich, wenn er auf einem zwischenstaatlichen Vertrauensverhältnis und klaren Regeln basiert. Insofern sind auch die diskriminierenden Handelspraktiken Chinas gegen Litauen nicht hinnehmbar. Deshalb hat die EU bei der WTO ein Streitbeilegungsverfahren mit China beantragt.

Eine internationale Lieferkette bringt die verschiedenen Akteure in der Kette in eine Abhängigkeitsposition. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie haben wir gesehen, dass dies mehr denn je zutrifft.

Mit zunehmenden internationalen Spannungen sehen wir jedoch jetzt, dass die Wirtschaftsmächte diese Abhängigkeit als Gefahr ansehen und jetzt von einer Abkopplung der Wirtschaften die Rede ist, die mehr Autonomie garantieren soll. Dies gilt für China, aber leider auch für die Vereinigten Staaten. Als Donald Trump 2015 seine Präsidentschaftskandidatur bekannt gab, konnte sich keiner ausmalen, welche Auswirkungen vier Jahre Trump auf die USA, aber auch auf die Welt, haben könnten.

Wir haben von 2016 bis 2020 miterleben müssen, wie die USA stetig versucht haben, den Multilateralismus abzuschaffen, die internationale Gemeinschaft zu destabilisieren und die transatlantische Beziehung, und somit auch die EU, zu schwächen.

Wir laufen eindeutig Gefahr, dass die beiden großen Wirtschaftsmächte China und die Vereinigten Staaten der Versuchung erliegen, ihre Volkswirtschaften zu entkoppeln

Obwohl die Wahl Joe Bidens erneut Hoffnung gebracht hat, haben die Ausschreitungen im Kapitol vom 6. Januar 2021 traurig veranschaulicht, wie gespalten die USA sowohl politisch als auch sozial sind. Der anhaltende Einfluss Trumps auf große Teile der amerikanischen Bevölkerung vereinfachen die Arbeit Joe Bidens nicht, weder national noch im Ausland.

Seit Anfang der Biden-Präsidentschaft hat sich der Umgangston aus Washington zum Besseren gewendet und der erneute Dialog zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in puncto Handelsfragen trägt bereits Früchte. So wurde nach den von Präsident Trump verabschiedeten Maßnahmen zu Stahl- und Aluminiumimporten in die Vereinigten Staaten – den sogenannten Artikel-232-Maßnahmen – eine Lösung für die Wiederaufnahme der europäischen Stahlexporte in die Vereinigten Staaten auf Quotenbasis gefunden. In ähnlicher Weise haben sich die Europäische Union und die Vereinigten Staaten insbesondere verpflichtet, im Rahmen eines Technologie- und Handelsausschusses bei der Zusammenarbeit zu kooperieren, die eingerichtet werden soll, um unsere Unternehmen bei der Festlegung der Standards der Zukunft zu unterstützen.

Das sind sehr gute Nachrichten, aber es ist wichtig, dass wir folgendes klarstellen: Die Regulierung der Ein- und Ausfuhr von Waren durch Zollkontingente, wie es bei unseren Stahlexporten in die Vereinigten Staaten der Fall sein wird, entspricht nicht den Grundsätzen des Freihandels. Ich sage dies nicht nur, weil Luxemburg

nach wie vor ein Stahlexporteur ist, sondern weil es hier um Prinzipien geht. Dies ist ein Beispiel – es gibt noch andere –, welches beweist, dass die Vereinigten Staaten dem Protektionismus nicht den Rücken gekehrt haben, und dass das Konzept des regulierten Handels jetzt eine Option ist, die von den amerikanischen Behörden ernsthaft in Erwägung gezogen wird, auf Kosten des Freihandels.

Wie schon vorher erwähnt, kommt hinzu, dass sich die Vereinigten Staaten jetzt auch dafür einsetzen wollen, jede Form von wirtschaftlicher und technologischer Abhängigkeit abzulehnen, die sie als ihren Interessen abträglich erachten. Wir laufen eindeutig Gefahr, dass die beiden großen Wirtschaftsmächte China und die Vereinigten Staaten der Versuchung erliegen, ihre Volkswirtschaften zu entkoppeln, was im schlimmsten Fall auf eine Aufspaltung der globalisierten Wirtschaft in zwei konkurrierende Räume hinauslaufen könnte. Der eine geführt von China, der andere von den Vereinigten Staaten. Dies entspricht nicht unserer Vision des internationalen Handels und wir müssen diesen Tendenzen entgegenwirken.

Anstatt ihre industriellen, logistischen, technologischen und finanziellen Verbindungen über den gesamten Globus auszudehnen, riskieren Unternehmen also, in absehbarer Zeit mit zwei getrennten Märkten mit immer wasserdichteren technologischen, rechtlichen und finanziellen Mauern konfrontiert zu sein. Dies ist ein Rückschritt in längst überwunden geglaubte Zeiten, vor allem für Länder wie Deutschland und Luxemburg, die auf den internationalen Handel und Export angewiesen sind.



CAR PROFESSIONAL
MANAGEMENT

Ihr Fuhrpark – zukunftsicher in einem turbulenten Marktumfeld

Unsere Lösungen für Ihren Fuhrpark:

- 360° Überprüfung Ihrer Flotte:
 - ✓ Infrastrukturberatung E-Mobilität
 - ✓ Wandel von Verbrenner- zu E-Flotte
 - ✓ Passende und lieferbare (Elektro-) Fahrzeuge für Ihren Bedarf
 - ✓ Kostentreiber in Ihrer Flotte
- Nachhaltigkeitsüberprüfung und Lösungsansätze
- One Expert to the Customer – ein professioneller Ansprechpartner für Ihre gesamte Flotte
- Beratung zu Mitarbeitermotivation und -gewinnung

Wir prüfen gerne Ihre aktuellen Prozesse:

Sichern Sie sich jetzt Ihren kostenfreien Fleet Scan:
info@carprofessional.de
oder hier:



Stephan Maleszka
Geschäftsführer
Car Professional Management

IHR FUHRPARK
IN BESTEN
HÄNDEN.



Foto: Peter Steffen

Für die Europäische Union – eine Wirtschaftsmacht, die darum ringt, sich in ein politisches Schwergewicht zu verwandeln – wäre die Entkoppelung der Volkswirtschaften, einhergehend mit einem regulierten, nicht freien Handel, um eine beschränkte, gegenseitig vorteilhafte Durchlässigkeit zu gewährleisten, eine echte Katastrophe. Für die Welt könnte dies nicht mehr oder weniger bedeuten als den Verfall des multilateralen Handels auf der Grundlage transparenter Regeln. Dies wäre ein schwerer Rückschlag für den Multilateralismus.

Was können, was sollten wir angesichts dieser Beobachtung tun? Angesichts des radikalen Paradigmenwechsels, den wir in den kommenden Jahren zu erleben drohen, müssen wir den Multilateralismus in all seinen Formen weiter verteidigen, sei es bei den Vereinten Nationen oder bei der WTO, um nur diese beiden Organisationen zu nennen. Die EU muss sich dafür einsetzen, das nötige Vertrauen in ein effizientes internationales Handelssystem zu bewahren beziehungsweise wiederherzustellen.

In diesem Kontext ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir keine Mühen scheuen, um die aktuelle Krise, in der sich die Welthandelsorganisation befindet, schnellstmöglich zu überwinden. Die Europäische Union hat eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, damit diese wichtige Organisation, deren

Entscheidungen im Konsens getroffen werden, ihre Rolle wieder voll erfüllen kann. Diese vielfältigen Vorschläge spiegeln die Herausforderungen wider, vor denen wir stehen: Es geht zum Beispiel um die Erleichterung des Handels mit Umweltgütern und -dienstleistungen und die Förderung von nachhaltigen Lieferketten, damit wir den Klimawandel meistern können.

Ebenso notwendig ist, sich auf Regeln für einen weltumspannenden elektronischen Geschäftsverkehr zu einigen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir die Fähigkeit der Organisation wiederherstellen, neue multilaterale Handelsregeln zu verhandeln. Der WTO-Reformprozess muss also vorangetrieben werden.

Ebenso müssen wir weiterhin solide Handelspartnerschaften aufbauen, die auf demselben Verständnis der Einhaltung gemeinsamer Normen und Werte basieren. Wenn es uns darüber hinaus gelingt, den Binnenmarkt weiter zu stärken und unser Netzwerk aus Handelsabkommen weiter auszubauen, belastbare Wertschöpfungsketten aufzubauen und diese Politiken mit ehrgeizigen Investitionen zu kombinieren, um den grünen und digitalen Wandel voranzutreiben, bin ich überzeugt, dass die Europäische Union dazu in der Lage sein wird, ihren Status als Handelsmacht zu erhalten und auszubauen.

Frage nicht, was dein Land für Dich tun kann. Frage vielmehr, was Du für dein Land tun kannst.

John F. Kennedy

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



30 Jahre Vertrag von Maastricht – was jetzt noch zu tun bleibt



Dr. Walter Döring, Vorstandsvorsitzender Senate of Economy Europe

Von Walter Döring

Maastricht legte fünf Stufen fest:

1. Freier Kapitalverkehr
2. Engere Zusammenarbeit der nationalen Zentralbanken
3. Schrittweise Einführung des Euro, einheitliche Geldpolitik unter Verantwortung der EZB
4. Festlegung der Kriterien, die die Länder für die Einführung des Euro erfüllen müssen
5. Ziel von 1–4: europäische Integration

30 Jahre Vertrag von Maastricht, der entscheidende Grundlagen für die Europäische Union schaffte, geben Anlass, Bilanz zu ziehen, vor allem aber auch, engagiert nach vorne zu blicken.

Zweifellos hat der Vertrag von Maastricht die Voraussetzungen für ein stabileres, stärkeres und geeinteres Europa geschaffen: Er ebnete den Weg für den europäischen Binnenmarkt, für die Schaffung einer einheitlichen Währung für Europa: den Euro. Zudem legte er den Grundstein für die Europäische Zentralbank EZB sowie das europäische System der Zentralbanken, deren Aufgaben er festschrieb. Vorrangige Ziele: Preisstabilität und Wahrung des Werts des Euro.

Der Maastricht-Vertrag hat auch einen wichtigen Beitrag für ein soziales Europa geleistet.

Keine Frage: alles wichtig und wertvoll, insgesamt ein Meilenstein!

Nun aber gilt es doch, endlich einmal Konsequenzen aus der Tatsache zu ziehen, dass das Europäische Parlament das einzige von den EU-Bürgerinnen und Bürgern direkt legitimierte respektive gewählte EU-Organ ist, das mehr Rechte und mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten muss: Dazu gehören ein Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess sowie bei Haushaltsfragen und vor allem darf es nicht wieder dazu kommen, dass die Präsidentin oder der Präsident der EU-Kommission wie zuletzt im Falle von Frau von der Leyen von nationalen Regierungschefs

Maastricht war ein Meilenstein – aber diesem müssen weitere folgen

„ausgekungelt“ wird (Macron und Merkel), sondern dass diese Spitzenposition aus dem Kreis der Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten gewählt wird. Und: Diese Kandidatinnen und Kandidaten sollten künftig auch mit transnationalen Listen in den Wahlkampf ziehen.

Ganz wesentlich ist auch, dass die Politikbereiche Wirtschaft, Soziales und Außen- sowie Sicherheitspolitik stärker aufeinander abgestimmt, verzahnt werden.

Die Vorsitzenden der Europäischen Bewegungen in Deutschland, Frankreich und Italien, Linn Selle, Yves Bertoincini und Pier Virgilio Dastoli haben anlässlich des 30. Jahrestags des Maastrichter Vertrags im Februar 2022 erklärt: „Auch wenn dieser Vertrag vor dreißig Jahren die richtigen Grundlagen für die Europäische Union schaffte, so sind noch längst nicht alle Vorhaben umgesetzt. Die Ziele der kollektiven Sicherheit sind nicht erreicht. Im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden die notwendigen institutionellen Voraussetzungen zu langsam geschaffen, um den europäischen Zielen und Werten gerecht werden zu können.“

Die aktuelle geopolitische Instabilität – Ukraine-Krise, Syrien, Mali, Nordkorea u.v.a. mehr – erfordert ein geschlossenes und konsequentes sowie wirksames Vorgehen in einer Welt, die sonst von China und den USA dominiert zu werden droht, mit einem zunehmend aggressiver auftretenden Putin „auf dem Sprung“. Gerade Putin zeigt täglich, dass er die Europäische Union in Sicherheitsfragen nicht ernst

nimmt. Auch die vielen europäischen Regierungschefs, die jetzt zu Putin eilen, um über Frieden zu verhandeln, sind in ihrer Vielzahl kein Zeichen von Stärke, sondern offenbaren nur die Vielstimmigkeit der EU. Angela Merkels Abgang hat hier als „anerkannte Stimme Europas“ eine bisher nicht geschlossene Lücke hinterlassen.

Jean Asselborn, dienstältester Außenminister Europas, warnte jüngst: „Wir laufen eindeutig Gefahr, dass die beiden großen Wirtschaftsmächte China und die Vereinigten Staaten der Versuchung erliegen, ihre Volkswirtschaften zu entkoppeln, was im schlimmsten Fall auf eine Aufspaltung der globalisierten Wirtschaft in zwei konkurrierende Räume hinauslaufen könnte. Der eine geführt von China, der andere von den Vereinigten Staaten. Die Gefahr: Es kommt zu zwei getrennten Märkten mit immer wasserdichteren technologischen, rechtlichen und finanziellen Mauern. Für die Europäische Union – eine Wirtschaftsmacht, die darum ringt, sich in ein politisches Schwergewicht zu verwandeln – wäre dies eine echte Katastrophe.“

Auch deshalb muss der europäische Binnenmarkt, der gerade sein 30-jähriges Jubiläum feiert, dringend vertieft werden. Gerade für die kleineren und mittelständischen Unternehmen ist es von entscheidender Bedeutung, dass Handelshemmnisse jeder Art abgebaut, abweichende nationale Regelungen „vereinheitlicht“ werden.

Maastricht war ein Meilenstein – aber diesem müssen weitere folgen!

Jetzt CETA unterschreiben und Forschung mit den USA ausbauen

Von Walter Döring

Der Westen, die Europäische Union, Kanada und die USA rücken in dieser Krisenzeit so eng zusammen wie seit Jahrzehnten nicht. Sanktionen gegen den Kriegsverbrecher Putin werden abgestimmt und gemeinsam beschlossen. Die Verteidigungsausgaben werden aufgestockt. Die NATO lebt! Die Hilfe für die bedrängte Ukraine wird koordiniert und wöchentlich erhöht. Alles gut und notwendig.

Die transatlantische Partnerschaft muss jetzt auf eine neue Ebene gehoben werden. Vor allem das Handelsabkommen CETA mit Kanada sollte jetzt rasch ratifiziert werden.

Und natürlich gilt es, die Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten von Amerika mit neuen Impulsen zu festigen. Gegen niemanden gerichtet, aber sehr nach innen zur Stärkung der westlichen Allianz.

Nachdem der ebenso sinnvolle wie naheliegende Vorschlag von Bundesfinanzminister Christian Lindner auf ein Wiederaufleben der TTIP-Verhandlungen auf wenig entgegenkommende Resonanz getroffen war, ist der Vorstoß von Bruce Stokes, Senior Fellow beim German Marshall Fund, zu unterstützen: Es braucht gemeinsame Innovationsbehörden und Fonds zur Erforschung und Finanzierung neuer Technologien. Dies auch, um den Wettbewerb mit dem immer stärker werdenden Herausforderer China „sauber und fair“ zu bestehen.

Stokes: „Die USA und Europa sollten gemeinsam öffentliche Mittel für die vorwettbewerbliche Forschung und Entwicklung neuer Technologien bereitstellen, die dann von europäischen und amerikanischen Unternehmen im Wettbewerb auf einem freien Markt vermarktet werden. Die Umsetzung setzt fraglos einen Bruch mit alten Gewohnheiten und Denkschablonen voraus. Nur wenn die Europäische Union und die Vereinigten Staaten ihre Kräfte bündeln, kann es den transatlantischen Partnern gelingen, bei der Entwicklung von Spitzentechnologien führend zu sein.“

Erste Erfolgsmeldung, die Lust und Mut „auf mehr“ machen: Pfizer und Biontech, Intel in Magdeburg. Das zeigt: Es geht. Mehr davon!





So gut gedüngt kann Bio sein

Der neue Profi-Flüssigdünger:
TerraPlus® Fluid



Neue Produktlinie für
ökologische Anwendungen
nach EU-Bio-Standard.

www.compo-expert.de



Vom Entwicklungsminister zum Entwickler weiterer Gerechtigkeit in der Welt

Gerd Müller mit neuer Chefaufgabe bei den Vereinten Nationen



Foto: Michael Gottschalk

Von Christoph Brüssel

Bereits in Berlin und Bonn konnten Beobachter erkennen, dass dieser Minister die Themen der weltweiten Entwicklung zu Gerechtigkeit und gegen Armut und Hunger aus ehrlicher Überzeugung und mit besonderem Antrieb bewegen wollte. So stellte Müller auch zu seinem Amtsantritt bei der UN-Organisation fest, dass „gegenwärtig globale Herausforderungen deutlich werden, die uns alle betreffen. Dazu gehören der Klimawandel, die Corona-Pandemie und der zunehmende Hunger in der Welt“, sagte der Executive Director. „Um Ungleichheit zu bekämpfen, einen besseren Wiederaufbau zu gewährleisten und einen grünen Aufschwung zu fördern, müssen wir auf internationaler Ebene stärker zusammenarbeiten und sofort handeln“, verlangte der CSU-Politiker.

Der langjährige Bundesminister für Entwicklungszusammenarbeit Dr. Gerd Müller ist kurz nach der Bundestagswahl zum Executive Director der UN-Organisation für industrielle Entwicklung gewählt worden.

So setzt er seine Arbeit, die in Deutschland als außergewöhnlich engagiert galt, zukünftig global fort. Also könnte man sagen, er ist nun in der Weltregierung für die gleichen Themen verantwortlich, die Müller bei der Bundesregierung angesprochen hat.

Er will die UNIDO zu einer globalen Plattform für Technologietransfer, Know-how und Digitalisierung weiterentwickeln. Müller betont sein Ziel, „UNIDO als führenden multilateralen Akteur der Förderung von grüner, widerstandsfähiger, inklusiver und nachhaltiger industrieller Entwicklung durch eine erneuerte Partnerschaft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern zu etablieren und das Engagement der Industriestaaten zu steigern.“

Die durchaus ungewöhnlich zielorientierte und innovative Arbeit des vormaligen Entwicklungsministers Müller hat die UN-Spitze aufmerksam werden lassen

International war der deutsche Politiker durch seine konsequenten Initiativen aufgefallen, dauerhafte Strukturen der Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen.

Unvergessen zu Berliner Zeiten, seine Forderungen nach gerechter Bezahlung für Leistungen in armen Ländern. Der CSU-Politiker plädierte für eine Abkehr von den allzu billigen Textilien, die nur durch Ausbeutung herstellbar erscheinen. Oft forderte er auf, einen Dollar mehr bei der Herstellung zu zahlen, damit Kinderarbeit vermieden und mehr gerechte Löhne möglich werden sollten. Seine Initiative des „Grünen Knopfs“ soll die auszeichnen, die eben eine nachhaltige und sozial angebrachtere Produktionskette nachweisen können.

Ein Meilenstein seiner Amtszeit in der Bundesregierung, immerhin zwei Legislaturperioden lang, stellt die Begründung des „Marshallplan mit Afrika“ dar. Das Grundprinzip wurde in mehr als 20 Ländern der Welt übernommen. Das Konzept dahinter beschreibt eine echte Investition in die Selbständigkeit des Kontinents Afrika. Mit Mechanismen der sozialen Marktwirtschaft soll eine wirtschaftliche Perspektive für die ärmeren Länder entstehen. Bei in Zukunft erwarteten zwei Milliarden Menschen wird ein sich selbst tragender Wirtschaftsmarkt in Afrika zu erwarten sein. Eigenständige und von reiner

Entwicklungshilfe unabhängige Wirtschafts- und Industrieprojekte werden zum Aufbau der Zukunft Afrikas beitragen. Ganz bewusst heißt dieser Plan Marshallplan „mit“ Afrika, denn private Investoren und Regierungen der reichen Länder sollen gemeinsam mit den Menschen oder Unternehmen vor Ort wirtschaftsfähige Projekte aufbauen, die in Zukunft den lokalen Gesellschaften ein auskömmliches Leben ermöglichen können.

Mit dieser Idee startete Minister Müller 2016, nachdem das Konzept vom Senat der Wirtschaft, gemeinsam mit dem Club of Rome, an ihn übergeben wurde. Die Vereinigung von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Wissenschaft, Senat der Wirtschaft, hatte dieses Konzept ausgearbeitet, um eine dauerhafte Lösung für die Länder Afrikas zu finden. Neben der Perspektive einer auskömmlichen Zukunft und fairem Wohlstand sind viele Denksätze zu ökologischen Lösungen enthalten. Gedacht ist an Möglichkeiten des Wachstums auf der Basis ökologisch wirksamer Technologie.

Ebenso die Nutzung der natürlichen Reichtümer der Region zur ökologischen Transformation, auch global denkend.

Afrika hat enorme Flächen zur Verfügung und gleichzeitig starke Sonnen- und Windenergie. Ein Naturreichtum mit Dauereffekt. So sehen die



Als Bundesminister arbeitete Müller intensiv mit dem Senat der Wirtschaft Deutschland zusammen

Konzeptansätze eine Produktion von erneuerbarer Energie zu günstigen Konditionen vor. Afrika könnte so große Einkommensquellen begründen, gleichzeitig die eigenen Energiebedarfe einer neuen Industrieperiode decken. Viele weitere Ideen bietet dieser Marshallplan – mit – Afrika.

Als eines der Folgeprojekte startete der frühere Bundesminister Müller eine eigenständige Stiftung für Entwicklung und Klima. Diese vom Bund finanzierte und frei arbeitende Institution soll Klimaschutz und Förderung der ärmeren Länder durch private Akteure unterstützen. Nicht unbedingt finanziell, eher inhaltlich konsequent. Möglichkeiten aufzeigen, Projekte beraten und Wissen aufbauen. Eine sehr praktische Umsetzungshilfe für gute Ideen. Auch hier kamen Anstöße aus den Reihen des Senats der Wirtschaft und dem mit ihm verbundenen Forschungsinstitut FAW/n Ulm, das durch Prof. Estelle Herlyn und Prof. Franz Josef Radermacher sehr intensiv zu Möglichkeiten und Anwendungen solcher zukunftsweisenden Lösungsansätze forsch.

Die durchaus ungewöhnlich zielorientierte und innovative Arbeit des vormaligen Entwicklungsministers Müller hat die UN-Spitze aufmerksam werden lassen.

Nicht zuletzt die 2015 von der Generalversammlung einheitlich beschlossenen Nachhaltigkeitsziele der UN-Agenda 2030, die sogenannten SDGs, werden als eine der Motivationsverstärker für Müller gewertet. Nach seiner jahrzehntelangen Politikerkarriere wäre auch ein verdienter Ruhestand denkbar gewesen. Die Verwirklichung der Sustainable Development Goals (SDGs) vor Augen, wusste der überzeugte Christ Müller, eine neue Aufgabe für die Weltgemeinschaft ist eine Berufung, die nicht abgelehnt werden kann.

Zwischen Wien und New York, für Afrika, Asien und Südamerika – der neue Executive Director Dr. Gerd Müller wird für Lösungsansätze zwischen Regierungen, Privatwirtschaft und Gesellschaften werben, kämpfen und streiten.

Wir müssen sagen, was wir denken, müssen tun, was wir sagen, und müssen sein, was wir tun.

Alfred Herrhausen

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Werteorientierung

„Verantwortung lebt von Verhalten“

Rainer Haug zum „Klebstoff“ seiner Unternehmensgruppe



Von Marc Härthe

Herr Haug, wie definieren Sie in der haug&partner unternehmensgruppe den Begriff „Werte“ und warum halten Sie dieses Thema für wichtig in Ihrer Arbeit?

Unter Werte verstehen wir die Grundsätze, nach denen eine Gesellschaft oder eine Gruppe von Menschen ihr Zusammenarbeiten richtet oder richten will. Werte leiten unserem Verständnis nach das Verhalten von Menschen und auch von Unternehmen. Werte haben eine priorisierende Wirkung; sprich, sie stellen ein Schwerpunkte erzeugendes System für das Denken und Handeln her. Die haug&partner unternehmensgruppe definiert sich in ihrer Arbeit als eine Wertegemeinschaft, die über einen gemeinsamen Wertekanon verfügt. Die philosophische Ethik definiert den Begriff Werte als etwas Wünschens- und Erstrebenswertes; ich möchte es ergänzen um den Begriff des zu Erarbeitenden.

Diese gemeinsamen Grundsätze stellen in der Unternehmensgruppe das verbindende Element für alle unsere einzelnen Gesellschaften dar. Werte liefern ein Koordinatensystem für alle Mitarbeitenden. Gerade in einer Unternehmensgruppe, deren einzelne Gesellschaften teilweise räumlich weit voneinander entfernt agieren, ist dieses Koordinatensystem von wesentlicher Bedeutung. Die erarbeiteten Werte dienen den Mitarbeitenden als Orientierung, als Kompass, und bilden, wo immer möglich, die Basis für Entscheidungen. Wichtig ist für alle Gesellschaften der haug&partner unternehmensgruppe, dass die definierten Werte immer ihren Übergang zu Handlungsprinzipien finden.

Die haug&partner unternehmensgruppe wurde 2009 gegründet und besteht aus sieben teils gemeinnützigen Gesellschaften, die bundesweit vor allem im Bereich der sozialen Arbeit und damit zusammenhängenden Arbeitsfeldern tätig sind.

Das gemeinsame Handeln in der haug&partner unternehmensgruppe basiert auf einem Wertesystem, das gemeinsam mit angestellten Mitarbeitenden und Kooperationspartner*innen im Rahmen eines Jahresthemas in einem gemeinsamen einjährigen Prozess intensiv entwickelt und verabschiedet wurde.

Der Gesamtleiter der haug&partner unternehmensgruppe Rainer Haug berichtet im Interview über die Bedeutung der Wertefrage in seiner Unternehmensgruppe.

Im Erarbeitungsprozess haben sich die Werte *Transparenz, Verantwortung, Leistungsorientierung, Wertschätzung und Integrität* herauskristallisiert. Können Sie exemplarisch einen dieser Werte erläutern und auf den Alltag in Ihren Gesellschaften übertragen?

Als Beispiel möchte ich den Wert der Verantwortung nennen. Menschen handeln nicht in einem Vakuum, sondern sind immer mit anderen Menschen in Kontakt. Das trifft im Besonderen auf unser Arbeitsfeld der sozialen Arbeit zu.

In diesen Kontakten mit anderen Menschen sollten wir meines Erachtens immer auch die kurzfristigen und langfristigen Konsequenzen unserer Handlungen berücksichtigen, und zwar, sofern dies möglich ist, bevor wir sie ausführen. Ein Mitarbeitender in einem Unternehmen agiert dann verantwortungsvoll, wenn er sich auf Grundlage seiner ethischen Beheimatung in der Verantwortung für die Konsequenzen seiner Handlungen sieht. Dies gilt im Übrigen auch für das Nichthandeln. Im Alltag der haug&partner unternehmensgruppe übernehmen Führungskräfte eine Vorbildfunktion. Verantwortungsvolle Führung impliziert, dass Mitarbeitende wertgeschätzt werden. Diese Kultur der Verantwortung impliziert meines Erachtens auch eine Fehlerkultur. Fehler passieren nun mal.

Wenn Probleme offen angesprochen werden können, ohne dass Der- oder Diejenige Nachteile erwarten muss, wird verantwortungsvolles Handeln in Unternehmen zunehmen. Verantwortung lebt letztendlich von Verhalten.

Kurz zu Ihrer Praxis, in jedem Geschäftsjahr ein sogenanntes Jahresthema zu bearbeiten. Was erhoffen Sie sich davon?

Ich halte es für unsere Unternehmensgruppe für wichtig, dass es neben aller gewollten Unterschiedlichkeit der einzelnen Gesellschaften jedes Jahr auch ein gemeinsames Projekt gibt. Dieses Projekt hebt sich aus dem Alltag heraus. Es ist hochinteressant zu sehen, wie die Beschäftigung mit dem Jahresthema von dieser Unterschiedlichkeit lebt und inspiriert wird. Auffallend ist auch, dass ein Thema, das einmal zum Jahresthema erkoren wurde, nachhaltig Bedeutung erhält und fest im Unternehmensalltag verankert ist.

Zurück zu den Werten: Können Sie kurz schildern, wie diese Werte erarbeitet wurden?

In der hier gebotenen Kürze kann ich das natürlich nur sehr oberflächlich darstellen.

Nach der grundsätzlichen Klärung zur Definition von Werten haben wir versucht, diese Werte mit unserer betriebsinternen Kultur abzugleichen und dafür Positiv- und Negativbeispiele zu benennen. In Folgeschritten haben wir über notwendige Maßnahmen reflektiert und den Einsatz von Multiplikatoren bestimmt. Der gesamte Prozess wurde geprägt durch eine Dialogkultur, die jederzeit zur Diskussion über einzelne Werte einlud. Selbstverständlich gehört zu dieser Auseinandersetzung auch das Beschreiben von Positiv- und Negativsanktionen bei Einhaltung bzw.



Nichteinhaltung unserer festgelegten Werte. An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass es sich bei einer solchen Wertepriorisierung immer auch um einen Prozess handelt, in dessen Verlauf die Priorisierung immer wieder von neuem hinterfragt und überprüft werden muss.

Wie wird sichergestellt, dass die Werte in der Unternehmensgruppe und ihren Einzelgesellschaften gelebt werden?

Die gemeinsam erarbeiteten Werte werden in unternehmensbezogenen Gesprächen wie Einstellungs- und Zielvereinbarungsgesprächen immer wieder von den Führungskräften in Erinnerung gerufen, sie werden in verschiedensten Formen visualisiert und an neue Mitarbeiter*innen/ Kooperationspartner*innen kommuniziert.

Und für uns sehr wichtig: Jede grundlegende Entscheidung innerhalb der Unternehmensgruppe wird auf die Verträglichkeit mit unseren Werten überprüft.

Die Werteerziehung ist im Kontext der sozialen Arbeit sicherlich eine der großen Herausforderungen. Wie wird dieser Herausforderung in Ihrer Unternehmensgruppe begegnet?

In der sozialen Arbeit steht für uns die Begleitung der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen zu einer eigenständigen Persönlichkeit im Vordergrund. Eine der dafür notwendigen Grundlagen ist die Entwicklung eigener Wertvorstellungen. Erreicht werden kann dies durch das Vermitteln von Sicherheit und Orientierung. Auch hier spielt die Vorbildfunktion der verantwortlichen Pädagoginnen und Pädagogen eine zentrale Rolle.

Zum Schluss noch eine persönliche Frage: Welcher Wert hat für Sie persönlich denn besondere Bedeutung und warum?

Persönlich möchte ich die oben genannten Werte um den Wert der Toleranz ergänzen. Dies resultiert aus meiner Vorstellung, dass ein fruchtbares und inspirierendes Miteinander nur möglich ist, wenn man Diversität zulässt und akzeptiert, dass man sich immer wieder vor Augen führt, dass es mehr als nur eine Meinung gibt. Toleranz zeichnet sich dadurch aus, bewusst Differenzen zuzulassen, anderen Überzeugungen positiv zu begegnen. Darum bemühe ich mich nicht nur im privaten, sondern auch im beruflichen Kontext.

Angesichts mancher gesellschaftlichen Entwicklung muss dies natürlich auch zuweilen seine Begrenzung finden. Um mit dem Philosophen Karl Popper zu sprechen: Wir sollten uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht zu tolerieren.



Euer Glück hat keinen Preis und wird nicht gehandelt.
Es ist keine App, die auf das Handy heruntergeladen wird.

Papst Franziskus

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Senat der Wirtschaft hilft bei UN-Rettungsmission für Ukraine

Mitglieder des Senats der Wirtschaft haben auf verschiedenen Ebenen schnelle und praktische Hilfe für das Welternährungsprogramm der UN und das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geleistet. Ende Februar erreichte an einem Freitagabend den Vorstand des Senats ein dringender Notruf der Spitze des Welternährungsprogramms der UN. Bis Montag sollten große Mengen an Lebensmitteln für die Ukraine beschafft werden. Es gelang durch die Wertegemeinschaft des Senats, noch am



Wochenende Vorstände und Geschäftsführungen von Nahrungsmittelproduzenten und Handelskonzernen zu aktivieren, die die speziellen Anforderungen

tatsächlich kurzfristig bedienen konnten.

Durch die Verknüpfung mit UN und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft stellten mehrere Senatsmitglieder dringend benötigte Lebensmittel von hoher Haltbarkeit zur Verfügung. Sie sorgten mit eigener Logistik dafür, dass diese in die entsprechenden Verteilzentren (Hubs) für das Krisengebiet gelangen konnten. Die Unterstützung über den Senat der Wirtschaft wurde vom Bundesministerium in einer Presseinformation hervorgehoben.

Darüber hinaus sind viele weitere Mitgliedsunternehmen auch selbstständig in der Ukrainehilfe tätig geworden – unter anderem auch auf dem Gebiet der Medizin- und Medikamentenversorgung.

120.000 Euro für die Malteser zur Hilfe für ukrainische Menschen

In einer gemeinschaftlichen Spendenaktion sind durch den Senat der Wirtschaft Deutschland sowie durch die deutschen Mitglieder des Senate of Economy Europe und den Senate of Economy International 120.000 Euro an Spendengeldern für die Hilfs-



organisation der Malteser zusammengekommen. Die Mitgliedsunternehmen konnten dabei über die Website des Senats www.senat-deutschland.de direkt an die Malteser spenden, die vor Ort in der Ukraine – insbesondere aber auch in den westlich gelegenen Nachbarstaaten – sehr gut vernetzt und aufgestellt sind. Zudem ließ sich dort auch das Spendenbanner der Malteser herunterladen, damit es Mitglieder und deren Unternehmen auf ihren Websites und Social-Media-Kanälen weiter teilen konnten.

Um auch ein optisches Signal der Solidarität für die Ukraine zu setzen, erstrahlte der Sitz des Senats der Wirtschaft Deutschland – das moderne Bürogebäude in der Adenauerallee 206 – zwei Wochen in den Landesfarben der Ukraine. Insgesamt wurden 20 Außenspots installiert, die die weißen Gebäudesäulen mit Einbruch der Dämmerung abwechselnd in blaues und gelbes Licht tauchten. Die Energie für die Aktion hat der Senat der Wirtschaft klimaneutral gestellt.

Chef des UN-Welternährungsprogramms beim Senat

In den Räumlichkeiten des Senats der Wirtschaft im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin haben hochrangige Experten aus den Reihen des Senats mit dem Executive Director des Welternährungsprogramms der UN, David Beasley, diskutiert. Dabei ging es neben den Bemühungen der UN im Kampf gegen den weltweiten Hunger auch um den Klimawandel und die Verflechtungen der beiden Themengebiete.

Beasley lobte die Arbeit des Senats und betonte die Wichtigkeit von wertorientierten Organisationen und deren Impulse an die Politik. Mit Beasley diskutierten auf Seiten des Senats der Ehrenpräsident Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher, Prof. Dr. Estelle Herlyn, Prof. Dr. Franz-Theo Gottwald sowie Dr. Walter Döring vom Senate of Economy Europe. Die Veranstaltung wurde vom Vorstands-

vorsitzenden der Stiftung Senat der Wirtschaft, Dr. Christoph Brüssel, und dem Vorstandsvorsitzenden Senat der Wirtschaft, Norbert Streveld, geleitet und moderiert. Beasleys Besuch war für Senatorinnen und Senatoren online mitzuverfolgen.



Kommissionen „Zukunft Bauen und urbanes Leben“ und „Integration“

Ende März hat im Haus der Bundespressekonferenz die konstituierende Sitzung Kommission „Zukunft Bauen und urbanes Leben“ stattgefunden. Vorsitzender der Kommission ist Dr. Markus Niedermayer, Geschäftsführer der Kingspan Light + Air.

Grundlage der inhaltlichen Ausrichtung bildeten zuvor adressierte Themenvorschläge und Schwerpunkte seitens der Senatorinnen und Senatoren. Darunter die Dekarbonisierung des Gebäudesektors, Lieferketten im Bausektor, Verschlankung von Antrags- und Planungsverfahren und Kreislaufwirtschaft.

Die Kommission „Integration“ wird am 10. Mai 2022 ins Leben gerufen. Hierfür laufen aktuell die letzten Abstimmungen organisatorischer und inhaltlicher Art.

Die Kommission „Zukunft Bauen und urbanes Leben“ wird von Svenja Reimer und Lenno Götz geleitet. Die Kommission „Integration“ von Svenja

Reimer. Beide Arbeitsgemeinschaften werden auch am Tag der Kommissionen des Senats der Wirtschaft am 17. Mai in Bonn vertreten sein.



Mentorinnen-Programm im Senat der Wirtschaft gestartet



Im Rahmen des FrühlingsConvents im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin ist auch der Startschuss für das erste Mentorinnenprogramm im Senat der Wirtschaft gefallen. Unter der Leitung der Initiatorinnen Silvia Ziolkowski – der Zukunftsentwicklerin – und Martina Gschell geht es darum, dass junge weibliche Führungspersönlichkeiten vom Know-how und der Expertise gestandener Unternehmerinnen und Führungsfrauen profitieren. Im Fokus stehen dabei vor allem der Wissenstransfer, der Austausch untereinander und das Lernen voneinander. In der ersten Runde haben sechs Mentorinnen und sechs Mentees zusammengefunden. Der Halbjahres-Workshop des Mentorinnen-Programms wird im Rahmen des „Gipfeltreffens“ in Kitzbühel am 16. September stattfinden.



Erstes „Gipfelstürmer“-Seminar der Akademie Senat der Wirtschaft

Nach dem Motto „Oben hat man den besten Überblick“ hat Ende März unter Leitung des Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Senat der Wirtschaft, Dr. Christoph Brüssel, das erste „Gipfelstürmer“-Seminar stattgefunden. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus Ski-Workout und Workshop. Mitten im Herzen der Dolomiten, in St. Kassian, erwarteten die Teilnehmer mit Tom Klein, Ralf Greis und Volker Gronauer drei exzellente Referenten mit theoretisch-methodisch fundierten sowie praxisnahen Impulsen zu den Themen Unternehmensführung, Mitarbeiterführung und Selbstführung.

Im Fokus der zweitägigen Veranstaltung stand dabei die Thematik „Resilienz für Unternehmen, für die Mitarbeiter*innen, für Führungspersönlichkeiten“. Zum Nachweis der Fortbildung bei Seminaren zur wertorientierten Unternehmensführung durch die

Akademie erhalten die Teilnehmer Zertifikate. Diese können als Leistung beim Nachhaltigkeitsbericht des jeweiligen Unternehmens angegeben werden.



FrühlingsConvent in schwierigen Zeiten

Unter dem Eindruck des Krieges gegen die Ukraine hat der FrühlingsConvent 2022 im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin stattgefunden. Auf die aktuellen Thematiken gingen dabei alle hochrangigen Impulsgeber im Saal der Bundespressekonferenz ein. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Thomas Sattelberger, verwies auf die aktuelle Zeitenwende und mahnte weiter den Erfindergeist und den Willen zur Veränderung in der Gesellschaft an.

Auch die Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU, Gitta Connemann, gab starke Statements zur Verteidigung unserer Demokratie und unserer Werte. Der Head of Global Office des UN-Welternährungsprogramms, Dr. Martin Frick, konnte die dramatische Situation mit

Fakten seiner Organisation belegen. Die Wertegemeinschaft Senat der Wirtschaft hatte kurzfristig enorme Hilfslieferungen für die Ukraine auf den Weg bringen können. Dafür bedankte er sich ausdrücklich. Weitere Impulsgeber waren Prof. Dr. Reinhard Hüttel mit einem Überblick zur Technologieoffenheit, Prof. Dr. Estelle Herlyn mit analytischem Blick auf die internationalen Zusammenhänge sowie der Präsident des Senats der Wirtschaft, Prof. Dr. Burkhard Schwenker.

Bevor der FrühlingsConvent in einen Empfang im Atrium des Hauses mündete, hatten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer in einer Gedenkminute den Opfern der russischen Aggression in der Ukraine gedacht. Der nächste große Convent ist der BundesConvent am 30. Juni.





Trauer um Dr. Erhard Busek

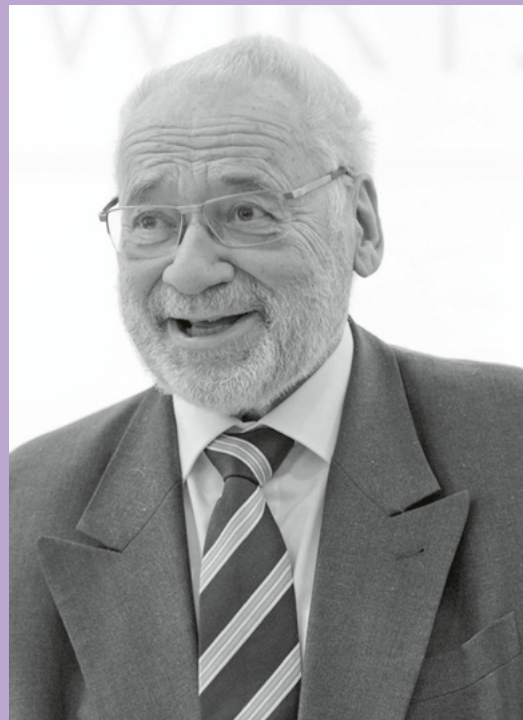
Der Senate of Economy Europe trauert um das Präsidiumsmitglied, Dr. Erhard Busek, Vizekanzler a.D. und Bundesminister a.D. der Republik Österreich. Dr. Busek war viele Jahre bis zu seinem Tod Präsident des Senats der Wirtschaft in Österreich und ein bemerkenswerter Ratgeber für unsere politische Arbeit. Seine Brillanz in Analysen und strategischen Betrachtungen wird kaum ersetzbar sein, in jedem Fall sehr vermisst werden. Ein warmherziger und immer intelligent unterhaltsamer Gesprächspartner wird uns schmerzlich fehlen.

Der Vorsitzende des Senats Österreich, Hans Harrer schreibt:

„Unser Präsident, war ein weltoffener, wertorientierter österreichischer Politiker internationalen Formats. Mit seinem innovativen Denken und Handeln hat er stets die Werte für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Österreich mit Weitblick vertreten. Es war ihm wichtig, dass es in Österreich eine treibende Kraft zur Gestaltung einer ökosozialen und zukunftsfähigen Wirtschaft und Gesellschaft gibt.“

Unsere Kollegin und Vorständin des Senats in Österreich Gabi Stohwasser zu dem verstorbenen Präsidenten:

„Dr. Busek war es auch ein besonderes Anliegen, dass wir über die Grenzen hinaus im laufenden Austausch mit den Partnerinstitutionen sind, insbesondere mit Serbien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Ungarn, Kroatien sowie im gesamten Donauraum, in Südtirol und der Schweiz. Grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen waren von seinem europäischen Denken getragen.“



Als Senate of Economy Europe bleiben unser Gedanken und die Gebete für einen sehr geschätzten Vizepräsidenten dauerhaft.



Aufklärung und Positives zur Klimaneutralität

QR-Code nutzbar für Produkte und Unternehmensausstattung

Um einen positiven Ansatz in die Debatte um die Klimaneutralität von Produkten und Dienstleistungen zu geben, hat der Senat der Wirtschaft eine Informationsplattform erstellt, die über einen QR-Code von Verbrauchern aufgerufen werden kann. So soll zur Versachlichung beigetragen werden. Unternehmen, die sich klimaneutral stellen, erhalten Unterstützung in der objektiven Argumentation.

Auf der neuen Website www.klimaneutral-transparent.de wird der Begriff der Klimaneutralität und auch der CO₂-Kompensation verständlich und gut übersichtlich erörtert. Der entsprechend gebrandete QR-Code ist als Download auf dieser Seite verfügbar und kann zum Beispiel auf Druckerzeugnisse oder sonstige Produkte aufgebracht werden. Interessenten oder Kritiker können den QR-Code bequem über das Smartphone absキャンen und auf die Startseite der Homepage gelangen.

Bei der Erstellung des Inhalts haben unter anderem senatsverbundene Experten wie Prof. Dr. Estelle Herlyn oder auch Ehrenpräsident Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Franz Josef Radermacher maßgeblich mitgewirkt. Auch Experten der renommierten Nachhaltigkeitsspezialisten der FORLIANCE GmbH haben ihre Expertise einfließen lassen. Weitere Partnerschaften in diesem Zusammenhang sind bereits auf den Weg gebracht.

Interessierte Nutzer können diese neutrale, sachgerechte und hilfreiche Möglichkeit völlig kostenfrei nutzen. Der QR-Code steht zur Verfügung. Es ist kein Qualitätssiegel, soll auch nicht die jeweiligen Projekte oder Unternehmen bewerten. Es ist eine glaubwürdige Möglichkeit, die ehrliche Bemühung um mehr Klimagerechtigkeit zu unterstützen.



Jedes Unternehmen kann den QR-Code für Produkte und Drucksachen nutzen, damit Verbraucherinnen und Verbraucher sich neutral informieren können.

Statement Eckart von Hirschhausen

Das Teuerste, was wir jetzt tun können, ist nichts!

Warum wir den Kampf für unseren Planeten nicht aus den Augen verlieren dürfen



Foto: Müller-Stauffenberg

Der Arzt, Wissenschaftsjournalist, Moderator und Gründer der Stiftung „Gesunde Erde – gesunde Menschen“, Dr. Eckart von Hirschhausen, mit einem Beitrag, der mahnen soll, das Wichtigste nicht zu vergessen – aber ohne erhobenen Zeigefinger.

Es gerät – gerade auch in diesen schwierigen Zeiten – oft in Vergessenheit: Ohne eine gesunde Erde, ohne eine gesunde Biosphäre, können wir auch die

Wirtschaft, die Gesellschaft und all die schönen Ziele der UN hinsichtlich des Pariser Klimaschutzabkommens nicht erreichen. Dafür braucht man manchmal auch direkte Darstellungen, die einen daran erinnern, dass der Mensch nicht im Mittelpunkt der Natur steht, sondern Teil von ihr ist. Und deswegen, glaube ich, ist es wichtig, daran zu erinnern, dass die größte Gesundheitsgefahr die Klimakrise ist. Das weiß ich als Arzt und sie hat eben auch nicht nur eine ökonomische Bedeutung, sondern auch eine seelische. Das kommt oft in den Diskussionen zu kurz. Wir verbrauchen deshalb so viel, weil wir nicht wissen, was wir WIRKLICH brauchen.

Eigentlich ist Nachhaltigkeit ein urkonservatives Thema. Wer hat's erfunden? Ein Deutscher! Hans Carl von Carlowitz, der die naheliegende Beobachtung machte, dass man besser aus einem Wald nicht mehr abholzen sollte als wieder nachwächst. Und das ist jetzt schon über 200 Jahre her. Trotzdem haben wir immer noch ein Wirtschaftsmodell, in dem ein Baum, wenn man ihn in Bretter schneidet, mehr wert ist als ein Baum mit Blättern und Wurzeln. Und das ist eigentlich Quatsch! Das ist eine echte Lücke, dass wir viele Werte nicht eingepreist haben. Das wir oft erst, wenn etwas kaputt ist, verstehen, welche Rolle dieser natürliche Baustein, diese Tierart, im Netz des Lebens hatte.

Wenn die Klimakrise das Fieber von Mutter Erde ist, dann ist das Artensterben ihre Demenz. Weil, Demenz ist ja das krankhafte Vergessen. Jede Art, die verloren geht, nimmt mit sich alles Geheimnis, alle Weisheit, alles Wissen darüber, wie Leben auf dieser Erde funktioniert. Jahrmillionen Tüfteln und Innovation, würde man in der Wirtschaft sagen, gehen dann flöten. Und deswegen müssen wir natürlich nach vorne raus auch die Wirtschaft, die Technik, den „Green New Deal“ feiern.

Auf der anderen Seite auch das, was die Natur uns bisher kostenlos zur Verfügung gestellt hat, mit einpreisen. Im Wahlkampf ging das lange hin und her,

Um weiteren Extremwetterereignisse zu verhindern oder zumindest schmälern zu können, müssen wir JETZT investieren und jetzt klug wirtschaftlich denken

„Was kostet uns Klimaschutz“, und deswegen habe ich mit meiner Stiftung „Gesunde Erde – gesunde Menschen“ mal eine Gegenidee nach vorn gebracht, die basiert auf Leuten wie Nicholas Stern von der London School of Economics und trägt den Titel „Nichts tun ist teuer“. Das gilt nämlich auch für Bildung, für die Impfstoffe, für die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Und das kumuliert in dem einen Satz: „Das Teuerste, was wir jetzt tun können, ist nichts“. Das klingt erst mal so, als wäre das kein seriöser Wirtschaftsratschlag – ist es aber doch.

Schauen Sie sich die Studien an, nicht nur von der Weltbank, von McKinsey, sogar BlackRock möchte raus aus den fossilen Brennstoffen. Und denen kann man viel nachsagen, aber nicht, dass das links-grüne Ökospinner seien. Also: Die Wirtschaft hat einen entscheidenden Drehpunkt jetzt. 2022 ist ein Wendejahr. Jahrzehntlang haben wir die Klimakrise und all ihre Auswirkungen von uns weggeschoben. Wir dachten, das ist was für Eisbären und Bangladesch und pazifische Inseln, aber hat nichts mit uns in Deutschland zu tun. Global ist aber auch hier! Wenn in einer Nacht im Ahrtal 200 Menschen zu Tode kommen und mindestens 30 Milliarden Euro Schaden entstehen, dann ist die viel wichtigere Frage: Wie können wir die weiteren Extremwetterereignisse, die auch uns in Deutschland betreffen, verhindern oder zumindest schmälern. Und deswegen müssen wir JETZT investieren und jetzt klug wirtschaftlich denken.

Es gibt auch in der Medizin das Paradoxon der Prävention. „There is no glory in prevention!“ Etwas zu verhindern, ist immer nicht so sexy, wie nachher heldenhaft zu retten. Dabei ist es eigentlich die viel, viel schlaudere Idee. Deswegen könnte man auch sagen: Drei Krisen zum Preis von zweien! Was ich damit meine – und ich weiß, das will man eigentlich gar nicht hören – aber diese Covid-19-Pandemie hätte nicht sein müssen.

Man hätte sie aller Wahrscheinlichkeit nach verhindern können. Sie kam aus dem Tierreich und deswegen habe ich mit dem ehemaligen Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, gleich in der ersten Welle der Pandemie den Berliner Zoo besucht, weil Wildtiere zu handeln, ist tatsächlich, fast so wie Drogen und Waffen, ein riesenlukrativer Markt – der aber viele Risiken und Nebenwirkungen hat, wie ein Arzt sagen würde. So lange wir den Wildtierhandel nicht unterbrechen, haben wir eine unnatürliche Kontaktfläche zwischen den Viren in den Tieren und den Menschen.

Und wenn wir die Tiere krank machen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn sie auch uns krank machen. Wenn man überlegt, wie viele Milliarden Euro Schaden diese Pandemie in den letzten beiden Jahren angerichtet hat und wie viel sie nach vorn wohl auch noch kosten wird – wie viel wir jetzt investieren müssen, nur um den wirtschaftlichen Einbruch wieder gutzumachen, dann versteht man auch, warum Prävention eben doch manchmal glorieus sein könnte. Wenn wir verstehen: Wir haben diese eine Erde – der einzige Planet im gesamten Universum mit Wasser, mit Luft und bislang zumindest erträglichen Temperaturen. Wir haben diese eine Erde mit Kaffee, Schokolade und Sex! Besser wird's nirgendwo sonst im Universum. Und deswegen müssen wir sie einpreisen. Wir müssen ihr einen Wert geben. Jedem einzelnen Baum, der mit Blättern und Wurzeln mehr wert ist als das Brett.

Die berühmte – über 85-jährige – Schimpansenforscherin Jane Goodall hat mir in einem Interview mal diese eine Frage gestellt: Wenn wir Menschen tatsächlich so schlau und intelligent sind, wie wir immer sagen, warum zerstören wir dann unser eigenes Zuhause? Das ist die wichtigste Frage, der wir uns alle früher oder später stellen sollten, stellen müssen – und für die wir gute Antworten finden. Hoffentlich!

Zuverlässig, sauber und preiswert. Gibt es eine „Energie der Zukunft“?



Von Dr. Götz Ruprecht

Die Diskussion wird immer lauter. Atom- und Kohlestrom sind bald passé, Windräder fehlen und die Photovoltaik kommt erst langsam auf deutsche Dächer und brache Flächen. In Frankreich kündigt Präsident Macron den Bau von 14 neuen Atomkraftwerken an und England setzt im Kampf gegen den Klimawandel auf Atomenergie. Klimawandel und Energiekrise machen die Frage, woher die Energie der Zukunft kommen soll, immer dringlicher. Das deutsch-kanadische Kerntechnik-Unternehmen Dual Fluid hat eine Antwort darauf.

Moderne menschen- und naturfreundliche Gesellschaften brauchen saubere und zuverlässige Energie für wenig Geld. Ein Brennstoff, der zwei Millionen Mal dichter ist als Kohle und praktisch überall auf der Welt vorkommt, kann das leisten.

Doch heutige Leichtwasserreaktoren können nur einen kleinen Teil des geförderten Urans zu Strom machen. Deshalb entwickelt Dual Fluid eine neue, wirksamere Art der Kernspaltung. Die Dual-Fluid-Technologie kann das Potenzial des Brennstoffs voll nutzen. Sie beruht auf einem völlig neuen und patentierten Kernreaktor, der

- die Kosten für Strom und Wasserstoff halbieren kann,
- Atommüll als Brennstoff nutzt,
- inhärent sicher und emissionsfrei ist.

Im Gegensatz zur Kernfusion ist Kernspaltung nach dem Dual-Fluid-Prinzip mit vorhandenen Materialien und heutigem Wissen realisierbar. Ein DF300-Prototyp soll in diesem Jahrzehnt einsatzbereit sein.

Die Dual-Fluid-Technologie

Die Innovation liegt in der Verwendung von zwei Flüssigkeiten im Reaktorkern: Eine trägt den Brennstoff, während die andere die Wärme abführt. Dadurch kann der flüssige Brennstoff seine volle Kraft bei 1000° C entfalten.¹ Die hohe Betriebstemperatur und die Kompaktheit des Systems machen eine neue Leistungsdichte möglich. Deshalb sprechen wir von Generation V.

¹ Heutige Leichtwasserreaktoren: ca. 320° C

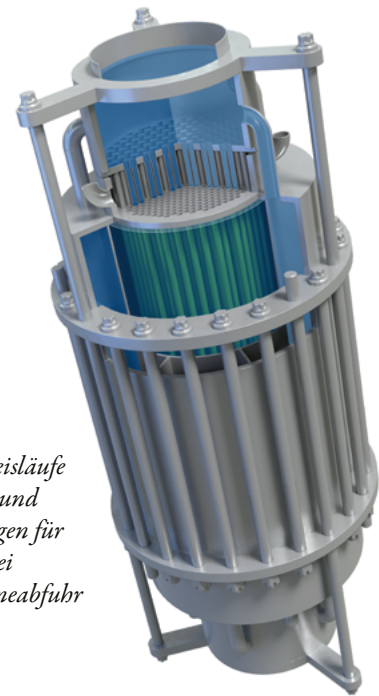


Abb. 1: Getrennte Kreisläufe für Brennstoff (grün) und Kühlmittel (blau) sorgen für optimalen Abbrand bei leistungsstarker Wärmeabfuhr

Durch die getrennten Kreisläufe für Brennstoff und Kühlmittel kann ein unverdünntes metallisches Aktiniden-Gemisch als Brennstoff dienen, wodurch sich die Menge an spaltbarem Material im Reaktorkern deutlich erhöht. Die Kompaktheit des Kerns senkt die Menge der benötigten Strukturmaterialien, so dass auch hochwertige, besonders korrosionsbeständige Stoffe verwendet werden können. Flüssiges Blei als Kühlmittel führt die Wärme ab, ohne die Neutronen im Reaktorkern zu verlangsamen. Das macht den Dual-Fluid-Reaktor zu einem schnellen Reaktor, der durch einen Netto-Neutronenüberschuss gekennzeichnet ist.

Daher kann der Reaktor – zusammen mit der Dual-Fluid-Recyclinganlage – jedes spaltbare Material vollständig verwerten, auch Thorium, Natururan oder aufbereiteten Atommüll. Langlebige Spaltprodukte werden im Reaktor in kurzlebige umgewandelt. Die verbleibenden Substanzen zerfallen schnell: Insgesamt sind sie nach wenigen hundert Jahren weniger radiotoxisch als Natururan. Im Gegensatz zur Kernfusion ist die Dual-Fluid-Technologie mit dem heutigen Stand der Technik realisierbar.

Neue Energieträger wie Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe können helfen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu überwinden. Ein Dual-Fluid-Kraftwerk liefert neben der benötigten Energie die hohen Temperaturen, die für die Herstellung von Wasserstoff nötig sind. So kann Wasserstoff zu einem erschwinglichen Massenprodukt werden. Die Kombination aus kostengünstiger, emissionsarmer Energie und den hohen Temperaturen eines größeren Dual-Fluid-Kraftwerks bietet die Chance, neben dem Energie- auch den Mobilitätssektor innerhalb weniger Jahrzehnte zu dekarbonisieren.

Der Erntefaktor zeigt die Leistung

Der Erntefaktor (Energy Return on Investment, EROI) ist ein wichtiger Leistungsindikator für Energietechnologien. Er bezeichnet das Verhältnis der gewonnenen Energie zur Gesamtmenge der eingesetzten Energie, betrachtet über den kompletten Lebenszyklus – also für Bau, Betrieb, Brennstoff, Sicherheit, Rückbau und Entsorgung einer Anlage:

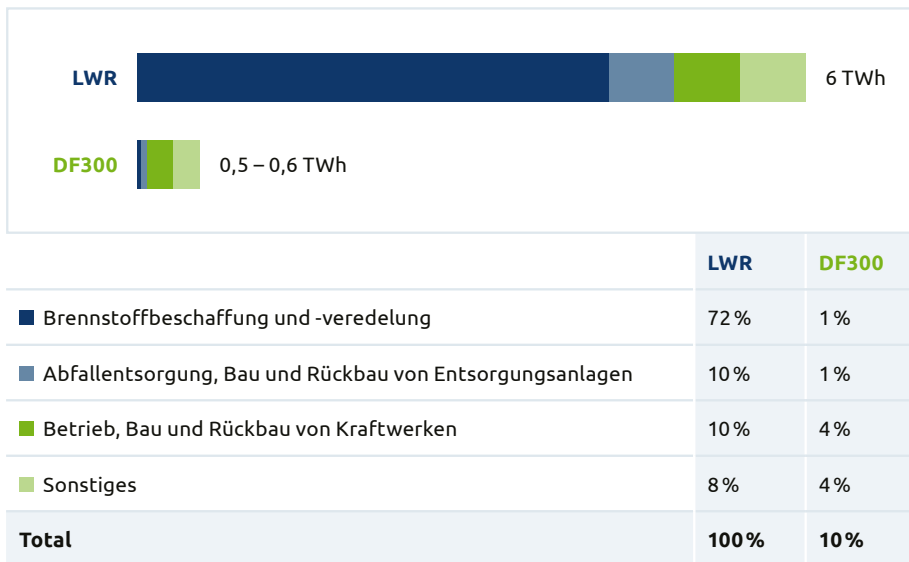
$$\text{EROI} = E_{\text{out}}/E_{\text{in}}$$

Ein Erntefaktor von 10 bedeutet, dass ein Kraftwerk während seiner Laufzeit zehnmals mehr Energie bereitstellt, als insgesamt aufgewendet werden muss, um den Betrieb inklusive aller Neben- und Folgekosten zu ermöglichen.

Heutige Leichtwasserreaktoren haben einen Erntefaktor von etwa 10. Damit sind sie fossil befeuerten Kraftwerken etwa dreifach überlegen. Das ist eigentlich ein Hinweis auf unzureichende Leistung: Eine Kernspaltung setzt nicht dreimal, sondern Millionen Mal mehr Energie frei als ein Verbrennungsprozess. Warum bleibt die heutige Kernkraft so weit hinter ihren Möglichkeiten zurück?

Eine Analyse des Energiebedarfs von Leichtwasserreaktoren zeigt, dass über 80 Prozent der eingesetzten Energie auf die Bereitstellung und Entsorgung des Brennstoffs entfallen – d.h. für Abbau und Veredelung des Urans bis zur Entsorgung der Brennelemente. Dieser Wert ist so hoch, weil heutige Reaktoren nur einen sehr kleinen Teil des geförderten Natururans, etwa ein Prozent, zu Strom machen können. Die Stromerzeugung mit heutigen Leichtwasserreaktoren ist daher ein wenig rentables System.

Energieaufwände Leichtwasserreaktor vs. DF300 (Lebenszyklus-Analyse)*



*Alle Werte sind Näherungswerte. Quellen: Vattenfall (LWR), eigene Berechnungen.
 Abb. 2: Energieaufwände bei Leichtwasserreaktoren und bei Dual Fluid (Lebenszyklus-Analyse)

Wie Dual Fluid die Effizienz erhöht und die Kosten senkt

Ein Reaktordesign mit konzentriertem Flüssiggrennstoff und Bleikühlung kann den Energiebedarf für Brennstoffbeschaffung und -veredelung sowie die Abfallentsorgung auf einen Bruchteil reduzieren (blaue Bereiche, Abb. 2). Weitere Effizienzgewinne ergeben sich aus dem relativ kompakten System mit geringem Materialbedarf (grüne Bereiche, Abb. 2). Insgesamt sinkt der Energiebedarf für ein Dual-Fluid-Kraftwerk – verglichen mit dem Leichtwasserreaktor – auf etwa ein Zehntel, was die Produktivität stark erhöht. Die Erntefaktor steigt, abhängig von der Reaktorgröße auf einen Wert zwischen 800 bis 1000 (DF300) und 2000 (DF1500). Größere Kerne könnten eine weitere Steigerung ermöglichen (Abb. 3).

Der hohe Wirkungsgrad, dargestellt durch den Erntefaktor, senkt den Preis der erzeugten Produkte wie Strom oder Wasserstoff. Das kleine modulare Modell DF300 kann Strom etwa zur Hälfte der Kosten heutiger Kraftwerke erzeugen.

Aus einem einfachen Grund sinkt der Strompreis angesichts der zehnfach erhöhten Effizienz nicht sofort auf ein Zehntel: Die Energie, die für den Bau und die Instandhaltung eines Dual-Fluid-Kraftwerks benötigt wird, ist heute noch teuer. Außerdem sinken Posten wie Arbeitskosten und Steuern nicht proportional zur steigenden Effizienz. Sobald jedoch der Anteil an effizient erzeugter Energie am Gesamt-Energiemix steigt, sinken auch die Energiekosten entsprechend. Dann setzt der hohe Erntefaktor einen positiven Kreislauf aus preiswerter Energie, Innovation und gesundem Wachstum in Gang.

Erntefaktor (Energy Return on Investment, EROI) = Verhältnis zwischen gelieferter nutzbarer Energiemenge und eingesetzter Energiemenge für Bau, Brennstoff, Wartung, Sicherheit, Rückbau usw. eines Kraftwerks

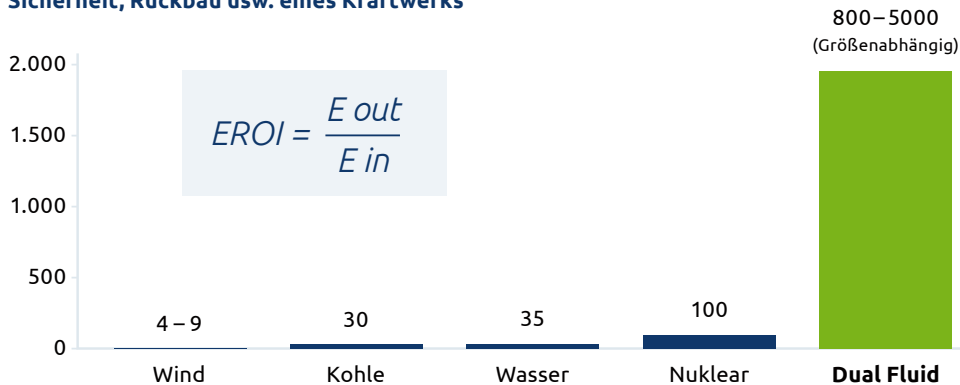


Abb. 3: Erntefaktoren im Vergleich



Abb. 4: Skizze der Schmelzsicherung

Dreifach gesichert durch Naturgesetze

Das wichtigste Sicherheitsmerkmal der Dual-Fluid-Technologie ist die Selbstregulation. Die Spaltrate folgt automatisch der Energieentnahme: Wird dem System nur wenig Energie entzogen, steigt die Temperatur des Brennstoffs. Dann dehnt sich der flüssige Brennstoff aus. Infolgedessen sinken die Spaltrate und damit auch die Temperatur des Brennstoffs wieder. Eine Leistungsexkursion wie in Tschernobyl ist dadurch ausgeschlossen.

Im unwahrscheinlichen Fall, dass sich das System über die normale Betriebstemperatur hinaus erhitzt – denkbar durch inadäquate Brennstoffmischung – bietet die Schmelzsicherung zusätzlichen Schutz, ein aktiv gekühlter Abschnitt der Brennstoffleitung in der Nähe ihres tiefsten Punkts. Dort wird der Kraftstoff aktiv von außen gekühlt, so dass er lokal ausfriert und die nach unten führende Leitung verschließt. Erhitzt sich der Brennstoff stärker als vorgesehen, schmilzt der gefrorene Pfropfen und der Brennstoff fließt mit der Schwerkraft nach unten in sichere Behälter (Abb. 4). Die Kettenreaktion stoppt sofort. Die Nachzerfallswärme wird dann rein passiv abgeführt. Eine aktive Kühlung ist nicht erforderlich.

Zum wirksamen Schutz vor Gewalteinwirkungen und Erdbeben kann der nukleare Teil der Anlage unterirdisch in einem dick bewandeten Bunker stehen. Selbst beim schlimmstmöglichen Unfall – einem Leck im Brennstoffkreislauf – würde kein radioaktives Material nach außen gelangen, da kein nennenswerter Druck herrscht und nichts explodieren kann.

So senkt Dual Fluid die Kosten für Strom und Wasserstoff

Dual Fluid hat aus mehreren Gründen einen Kostenvorteil gegenüber heutiger Kernkraft:

- Das System ist wesentlich kompakter als heutige Reaktoren und geeignet für die Serienproduktion,
- der Betrieb unter Normaldruck macht ein Überdruck-Containment überflüssig,
- der rein passive Abtransport der Nachzerfallswärme erspart das Notkühlsystem,
- die benötigte Brennstoffmenge ist auf einen Bruchteil reduziert.

Tabelle 1 zeigt einen Vergleich der Stromgestehungskosten (Levelized cost of energy) zwischen Dual Fluid sowie heutiger Kernkraft, Kohle und Gas.

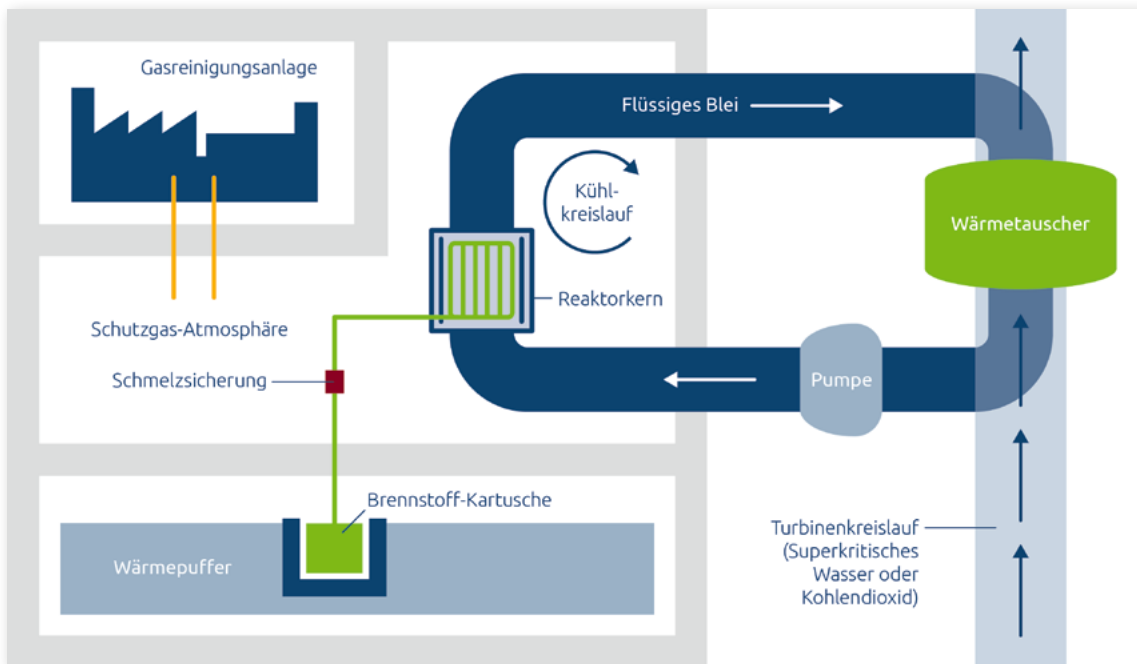
Die Stromgestehungskosten von Dual Fluid liegen deutlich unter den Werten anderer Kraftwerkstypen: Im Vergleich zu heutigen Kohle- und Kernkraftwerken halbiert DF300 die Stromkosten. DF1500 bietet weiteres Potenzial für Kostensenkung.

Die Stromgestehungskosten für Wind- und Solar-energie sind mit denen von Kohle vergleichbar oder niedriger, je nach Standort und verwendetem System.

Levelized Cost of Energy (LCOE)

DF1500		Heutige Kernkraft	Kohle	Gas GuD	Gas OT
2,1	LCOE US c/kWh	6,5	5,5	7,0	9,5

Tabelle 1: LCOE-Vergleich verschiedener Kraftwerkstypen (Quellen außer Dual Fluid: Weltbank, 2020). Gas GuD = Gas- und Dampfturbinenkraftwerk, Gas OT = Offene Gasturbine; Gas OT ist leichter regelbar als GuD-Kraftwerke und daher als Backup für schwankende Umgebungsenergien bevorzugt. Heutige Kernkraft: Werte für OECD-Länder.



Skizze des modularen Kraftwerks DF300. Der Brennstoff kommt in einer versiegelten Kartusche zum Kraftwerk. Dort wird er erhitzt und in den Reaktorkern gepumpt, wo er etwa 25 Jahre lang Wärme produziert. Am Ende des Verbrennungszyklus wird der Brennstoff in einer Dual-Fluid-Recyclinganlage zur Wiederverwertung aufbereitet.

Ein LCOE-Vergleich wäre jedoch irreführend, da Solar- und Windenergie hohe Zusatzkosten für Speicherung und Netzausbau erfordern, die der LCOE nicht abbildet. Vor allem aber können sie nicht die Grundlast abdecken, die für jedes Stromnetz unerlässlich ist.

Das heute gängigste Verfahren zur Wasserstoffproduktion ist die Dampfreformierung aus Methan. Sie verbraucht fossile Brennstoffe und ist CO₂-intensiv.

Mit den hohen Temperaturen eines Dual-Fluid-Kraftwerks kann dagegen Wasserstoff durch katalytische Thermolyse effizient und emissionsfrei aus Wasser hergestellt werden. Ein DF300-Kraftwerk kann emissionsfreien Wasserstoff zu einem Preis herstellen, der konkurrenzfähig ist gegenüber der Dampfreformierung: 1,2–1,5 US-\$/MJ. Zum Vergleich: Emissionsfreier Wasserstoff aus Windkraft kostet 6–8 US-\$/MJ.

Stand der Entwicklung und Ausblick

Die Dual-Fluid-Technologie besteht aus zwei wesentlichen Neuerungen: dem Reaktordesign und der nuklearen Recyclinganlage. Im Moment beschäftigt das kanadische Unternehmen Dual Fluid zwölf Mitarbeiter in Deutschland und Kanada, die die Entwicklung des ersten Reaktor-modells DF300 vorantreiben. Hochschulkooperationen, unter anderem mit der TU Dresden, legen die Grundlagen für die kommende Lizenzierung. Es wäre möglich, Teile der Entwicklung – beispielsweise die nukleare Recyclinganlage – dauerhaft in Deutschland zu belassen. Im Gegensatz zur Endlagerung, die ausschließlich Kosten verursacht, wäre die Nutzung des Atommülls zur Energiegewinnung trotz hoher Entwicklungskosten gewinnbringend.

Götz Ruprecht (54) studierte Physik an der Technischen Universität Berlin und wurde dort in Kernphysik promoviert. Anschließend arbeitete er am nationalen Kernforschungszentrum TRIUMF in Kanada. Ab 2010 entwickelte er in einem Verbund von Forschern das Konzept für den Dual-Fluid-Reaktor und trieb dessen theoretische Entwicklung voran. Anfang 2021 gründete er gemeinsam mit Kollegen das Unternehmen Dual Fluid Energy Inc., um die Erfindung zum kommerziellen Erfolg zu führen.

Wohlstand, aufgebaut auf der Zerstörung der Umwelt,
ist kein wirklicher Wohlstand.

Kofi Anann

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Eine Initiative des Senats der Wirtschaft

Statement Zukunft der Hidden Champions Thomas Sattelberger

„Der Kopf ist rund, damit man beim Denken die Richtung ändern kann“

Transformation und Innovation als multidisziplinäres Aufgabengebiet

Der FDP-Politiker und Parlamentarische Staatssekretär Thomas Sattelberger wagt einen Blick in die Zukunft. Als Beauftragter für Transfer und Ausgründungen findet er klare Worte.

Sie kennen sicher das Bonmot „Der Kopf ist rund, damit man beim Denken die Richtung ändern kann“. Die unterschiedlichen Richtungen des Denkens, das ist natürlich ein ganz spannendes Thema.

Thomas Sattelberger MdB, FDP
Parlamentarischer Staatssekretär bei der
Bundesministerin für Bildung und Forschung

Foto: Steffen Kugler



*Wir sind nicht nur schlechter als viele digitale Nationen,
sondern sind zudem in acht von zwölf digitalen
Technologien von China abhängig*

Wahrscheinlich ist deswegen die Union auch abgewählt und neue Kräfte gewählt worden, um zu sehen, ob diese Andersartigkeit des Denkens unsere Nation besser nach vorne bringt als viele Jahrzehnte der Stagnation.

Natürlich geht es uns in Deutschland ökonomisch gesehen verdammt gut. Wir waren Innovationsland und leben von den Früchten. Doch damit das mit dem Innovationsland wieder etwas wird, müssen wir uns sehr anstrengen. Übrigens auch, damit künftige Generationen nicht nur die Lasten unserer Miswirtschaft ausbaden müssen, sondern die Früchte unseres Kurswechsels ernten können.

Der Krieg in der Ukraine erschüttert uns alle – im wahrsten Sinne. Wir verwenden da immer das Modewort „Disruption“, und ja, das ist Disruption; unberechenbar in seinen Konsequenzen. Auch die disruptive Pandemie ist noch nicht besiegt, und der Klimawandel, der sich zur Disruption entwickeln könnte, ist noch nicht richtig angepackt, und die digitale Transformation in diesem Lande steckt auch noch in den Kinderschuhen. Nur acht Prozent der deutschen Unternehmen nutzen künstliche Intelligenz, während es in Südkorea 45 Prozent sind und in den USA mindestens 28 Prozent. Sie in der Wirtschaft stehen ähnlich wie wir in der Politik in der Verantwortung, Transformation mitzugestalten. Über die Politik kann schnell geschimpft werden, aber wenn wir nicht alle anpacken, wird das nichts. Wir sehen jetzt, vor dem Hintergrund des Krieges und unserer eigenen Sicherheitsbedürfnisse, wie Sicherheit und Digitalisierung engstens zusammenhängen.

Wir sehen, was es heißt, Energiesouveränität zu besitzen und nicht abhängig zu sein. Zudem sehen wir, dass wir von Öl und Gas wegkommen müssen, aufgrund des Klimas und auch mit Blick auf Putin. Die Welt polarisiert sich aktuell in Lager und wir haben einen „Heißen Krieg“ in der Ukraine sowie einen Kalten Krieg 2.0 auf der Welt. Umso mehr brauchen wir Transformation und Innovation. Dass Deutschland eine Effizienzmaschine ist, das wissen wir. Und diese Effizienzmaschine ist gut geölt, aber sie basiert in weiten Teilen auf Technologien, die noch aus der Geisterzeit stammen. Und bei Innovation ist jede Menge Luft nach oben. Die Mitglieder der Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI), die nüchtern und realistisch Themen auf den Prüfstand stellt und sozusagen Check und Balance ist für die Hochglanzbroschüren, die die Regierung herausgibt, die haben uns einen Weckruf ins Stammbuch geschrieben. Wir sind nicht nur schlechter als viele digitale Nationen, sondern sind zudem in acht von zwölf digitalen Technologien von China abhängig.

Deutschland und Europa und der Begriff „Souveränität“ gewinnen an Relevanz vor dem Hintergrund der Disruption – und zwar der Disruption des Angriffskrieges, Disruption der Digitalisierung und Disruption der Pandemie. Der Begriff Souveränität gewinnt signifikant an Bedeutung. Unsere Hidden Champions werden immer älter und immer weniger neue wachsen heran, der volkswirtschaftliche Lebenszyklus ist gestört. Hermann Simon, mein Wegbegleiter, hat den Begriff Hidden Champions

Ein zentrales Thema ist, die Energiesouveränität sicherzustellen

vor Jahrzehnten erfunden. Doch in seinem neuen Buch hat er nicht mehr so euphorisch über die Hidden Champions geschrieben. Er teilt die Sorge um die Innovationsfähigkeit genau und gerade der KMUs. Er hat den deutschen Mittelstand signifikant in Gefährdung gesehen, vor allem in Konkurrenz zur chinesischen digitalen Wirtschaft. Natürlich setzt eine Effizienzmaschine überwiegend auf inkrementelle Innovation, denn diese ist nicht so risikoreich, aber wir brauchen wieder Sprunginnovation.

Der Begriff European Paradox heißt im Kern, dass wir eine exzellente Forschung haben, aber viel zu wenig Transfer in marktreife Innovation. Der Anteil der Gründerinnen und Gründer im Hightech-Bereich ist ein weiteres Indiz. Von 2002 bis heute sind Gründungen im High-Tech- und Deep-Tech-Bereich um fast 40 Prozent zurückgegangen, also auch da eine Störung des volkswirtschaftlichen Lebenszyklus. In Relation zu jeweils 1.000 Einwohnern ist der Anteil der Gründerinnen und Gründer im High-Tech- und Deep-Tech-Bereich in den USA drei Mal so hoch, in China etwa doppelt so hoch. Die Zeit der Schönwetterreden ist vorbei, wir brauchen eine Aufholjagd.

Die große Stärke der liberalen Demokratien des Westens ist die Vielfalt, die Offenheit und die Freiheit. Übrigens gibt mir das immer wieder Trost, wenn eben nicht nur der Vergleich der Innovationssysteme stattfindet, sondern auch der Vergleich der politischen Systeme. Da sind etwa die tiefe Spaltung in den USA oder die Staatsdiktatur in China zu nennen. Und natürlich ist es immer wichtig, nicht nur ein Subsystem herauszugreifen und zu sagen: „Da sind wir viel schlechter“. Sondern es ist wichtig, das Gesamte zu sehen.

Ich darf mich als Staatssekretär künftig besonders um Innovationen kümmern und die Ministerin Stark-Watzinger hat mich auch zum Beauftragten für Transfer und Ausgründungen ernannt. Parlamentarische Staatssekretäre und Staatssekretärinnen sind häufig Begrüßungsonkel und Begrüßungstanten, daher bin ich besonders dankbar dafür, dass ich sozusagen noch einmal Hand anlegen kann an dieses Thema, das eigentlich alle demokratischen Parteien einigt.

Ich will im Folgenden einige der Vorhaben skizzieren; wir wollen insbesondere im mittelständisch geprägten Raum, um die Hochschulen mit hoher Anwendungsorientierung herum, Netzwerke schaffen. Die Deutsche Agentur für Innovation und Transfer (DATI), hat eine Aufgabe: Forscherinnen und Forscher, Unternehmerschaften, Gründerinnen und Gründer, Kommunen zusammenzubringen, damit Innovationsökosysteme entstehen. Insbesondere im Hinblick auf deutsche, mittelständisch geprägte Regionen, die über Hochschulen mit einem starken Fokus auf Anwendungsorientierung verfügen.

Das zweite große Thema sind die Deep-Tech-Ausgründungen aus unseren Universitäten und außer-universitären Forschungseinrichtungen, denn diese sind die Filetstücke der Innovation. Wir brauchen sozusagen ein neues Geschäftsmodell Deutschland. Wir haben heute in den Bereichen Maschinen-, Anlagen-, Automobilzulieferer sowie in Chemie und Kunststoff klassischen Mittelstand. Wir brauchen einen zweiten Layer: Deep-Tech Hidden Champions. Da gibt es für mich drei Beispiele: Das ist Celonis, für die künstliche Intelligenz, mit



Milliarden bewertet inzwischen. Das ist Biontech, für das Thema Impfstofftechnologie und Krebs. Und es ist isar aerospace für die Raumfahrt. Wenn ich für mich über eine volkswirtschaftliche Vision nachdenke, dann geht es darum, dass wir über die mittelständisch tradierte Struktur einen zweiten Layer ermöglichen an Deep-Tech Hidden Champions. Deswegen wird das Thema Ausgründung ein Schlüsselthema sein.

Ein drittes Vorhaben, häufig überlesen im Koalitionsvertrag: Wir wollen nach britischem Vorbild Innovationsregionen schaffen. Es geht um Ansiedlungsprämien für Industriepartner, Steuerboni, Investitionszulagen, ultraschnelles Internet und so wenig Bürokratie wie möglich. Es geht um Deep-Tech-Schlüsselregionen. Da geht es etwa um die maritime Technologie im hohen Norden. Da geht es um Quantencomputing in Jülich und in München. Die Deep-Tech-Regionen müssen wir fördern als Grundlage für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft.

Viertens: Wir bündeln die Forschungsförderung in Missionen. Natürlich erinnern sich die meisten an das Zitat von Kennedy: „We choose to go to the Moon in this decade“. Und diese Missionsorientierung, auch in der Forschung, nicht in der Grundlagenforschung, aber in all den neuen Technologien, wird ein Schlüsselgeber sein. „What you cannot measure you cannot manage“ – Forschung kann man nicht in zahlenmäßige Gehäuse pressen, aber man kann anspruchsvolle Ziele setzen. Wir wollen mehr Forschungsansätze, die gewagt sind. Zudem besteht noch die Thematik soziale Innovation, die in Groß-

britannien wunderschön entfaltet ist, die hier in Deutschland aber wirklich ein Schattendasein fristet. Es geht also nicht nur um Deep-Tech-Innovation, die direkt in die Kommerzialisierung einbindet, sondern auch die Innovation, die uns deutlich unterscheidet vom dem Silicon Valley, nämlich ein Stück werte- und gemeinwohlorientierte Innovation. Die Forschung ist heute ganz konkret gefragt, denn wir brauchen Energiesouveränität. Wir brauchen auch Cybersicherheit und müssen eine Debatte beginnen über Dual-Use. Ich selbst habe fünf Jahre in der Luft- und Raumfahrt gearbeitet, und fast jedes Produkt der Spitzentechnologie ist militärisch wie zivil nutzbar, daher müssen wir diese Debatte führen. Ich weiß nicht, was dabei rauskommt, aber ich weiß eines: Wenn wir sie führen, werden wir für dieses Land klüger.

Ministerin Stark-Watzinger hat gerade eine langfristige Partnerschaft auf dem Gebiet des Wasserstoffs mit Australien auf den Weg gebracht. Das ist ein zentrales Thema, um die Energiesouveränität sicherzustellen. Wir müssen grünen Wasserstoff in großen Mengen herstellen, aber gleichzeitig wissen wir, es wird nicht reichen – deswegen brauchen wir die Wasserstoff-Kooperation.

Thema Quantentechnologie. Vor Kurzem ging in Jülich „Jupsi“ ans Netz, Europas schnellster Quantencomputer. Da geht es nicht nur darum, Klimamodelle zu präzisieren und um abhörsichere Kommunikation, sondern auch um neue Geschäftsmodelle in der Logistik, der Pharmabranche sowie auf den Finanzmärkten. Das Potenzial ist riesig. Das heißt, im Hinblick auf Wissenschaft und Forschung, auch da wo noch Silos sind und Berührungspunkte zur Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind, dass eben

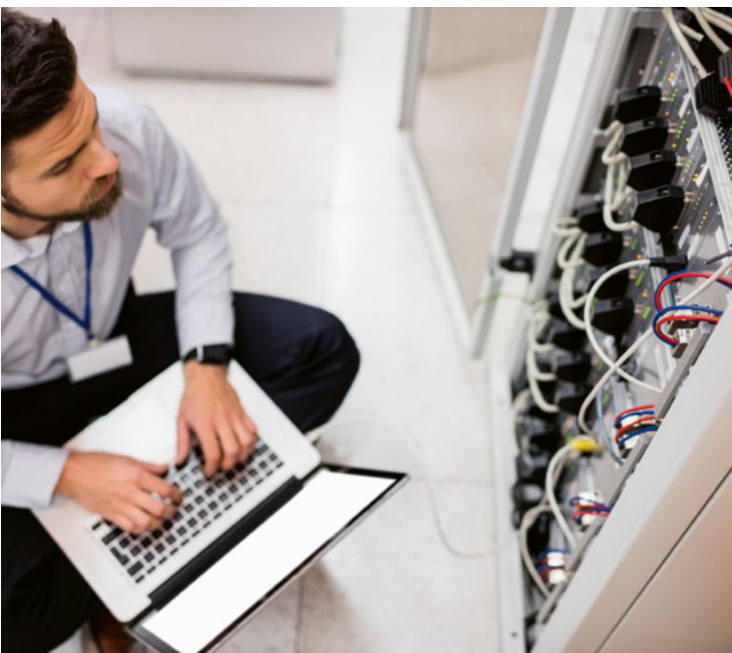
*Der Anspruch muss sein, das weltbeste Bildungssystem
hinzukriegen – zumindest wieder in der Spitzengruppe
mitzuspielen*

diese Silos aufgetaut oder aufgebrochen werden. Technologien sind das eine, die Expertinnen und Experten sind das andere. Die Future-Skills-Studie des Stifterverbands und McKinsey haben sauber prognostiziert, dass wir allein im Bereich der Datenwissenschaften, der Robotics, des Blockchain 770.000 Fachleute bräuchten. Selbst wenn die Hälfte an Fachkräften benötigt werden würde – wir haben sie nicht. Das heißt, das Thema Bildung ist zentral. Ich nehme das verpönte Wort Humankapital in den Mund – der junge Mensch hat Begabung, eine Volkswirtschaft hat Humankapital.

Natürlich ist dieses Humankapital einer Nation ein Schlüsselthema. Und deswegen ist die Potenzialentwicklung in der Bildung das eine und die Fachkräftesicherung für das Humankapital das zweite. Und das werden wir allein, aus eigenen Ressourcen, nicht schaffen. Deswegen wird diese Koalition in einer ganz anderen Qualität das Thema Einwanderung aufgreifen – ganz anders, als es noch in der Großen Koalition gewesen ist. Das heißt übrigens auch, dass wir nicht mit zwei Mio. ungelerten und angelernten Menschen im Alter von 20 bis 32 leben können.

Das ist nicht nur eine Schande für die Talente dieser Republik, sondern das sind die künftigen Bezieher von Sozialtransfer in einer digitalen Welt. Das heißt, wir müssen alles tun, dass junge Menschen einen Schulabschluss haben, eine qualifizierte berufliche Ausbildung haben – und sei sie auch modular. Sonst wird die Fachkräftelücke immer größer, und die Spaltung in Wirtschaft und Sozialität geht ja häufig Hand in Hand.

Der Anspruch muss sein, das weltbeste Bildungssystem hinzukriegen – zumindest wieder in der Spitzengruppe mitzuspielen. Also: Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann. Wir tun gut daran, dieses jetzt auszuprobieren und gleichzeitig unsere Hände zu aktivieren. Politik muss sich transformieren, aber auch Wirtschaft muss sich transformieren.



Zusammenkunft ist ein Anfang. Zusammenhalt ist ein Fortschritt. Zusammenarbeit ist der Erfolg.

Henry Ford

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Der Kampf um Versorgungssicherheit

Von Michael King-Rolland

Gitta Connemann ist Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) sowie CDU-Bundestagsabgeordnete. Seit 2002 vertritt die ausgebildete Verkäuferin und Rechtsanwältin als direkt gewählte Parlamentarierin den Wahlkreis „Unterems“ im Deutschen Bundestag. Zudem ist sie Mitglied im Beirat des American Jewish Committee Berlin, im Kuratorium der

Aktion Sühnezeichen Friedensdienst und der Kinder- und Jugendstiftung der Hiltruper Herz-Jesu-Missionare, Vorstandsmitglied der Stiftung Diakonie im Landkreis Leer sowie Schirmherrin und Jury-Vorsitzende des Gründerpreises Nordwest und Ehrenpräsidentin des Landesmusikschulverbandes. Mit Gitta Connemann sprach Michael King-Rolland.

Gitta Connemann MdB, CDU
Bundesvorsitzende der Mittelstands- und
Wirtschaftsunion (MIT)



Sie sind seit 20 Jahren Mitglied im Deutschen Bundestag und seit Dezember 2021 Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Wie erleben Sie als Politikerin das Unternehmerbild in Deutschland?

Unternehmer. Nein, danke. Diesen Eindruck kann man leider gerade durch Beiträge in Medien und Parlamenten erhalten. Da werden munter Klischees und Vorurteile gepflegt. Wirtschaft und Moral seien ein Gegensatz. Betriebe würden sich bereichern, ihre Mitarbeiter nicht achten.

Beim „Tatort“ ist nicht der Gärtner der Mörder, sondern am häufigsten der Chef. Das tut weh. Denn dieses negative Bild von Unternehmerinnen und Unternehmern hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Es wird ausgeblendet, dass Unternehmertum in erster Linie durch Risiken und von persönlicher Haftung geprägt ist. Es wird zu wenig thematisiert, was Familienunternehmen und Mittelstand auszeichnet. 99 Prozent der Betriebe in Deutschland sind mittelständisch strukturiert. Dort finden 70 Prozent der Erwerbstätigen ihren Arbeitsplatz, sogar 80 Prozent ihren Ausbildungsplatz. Sie tragen durch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zu Wohlstand und Sicherheit in unserem Land bei.

Mittelstand ist für mich Ausdruck und Säule der sozialen Marktwirtschaft. Unternehmerinnen und Unternehmer schielen nicht nach dem schnellen Geld, denken nicht in Jahresabschlüssen; sie handeln auf lange Sicht, häufig generationsübergreifend. Deshalb belassen sie Gewinne im Unternehmen. Und suchen den Ausgleich mit und für ihre Mitarbeiter, immer zwischen den Belangen des Marktes und des Sozialen. Deshalb ist gerade der Mittelstand für mich mehr als Zahlen. Er steht für die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Er ist eine Haltung.

A propos Haltung und Verantwortung. Was ist heute eine der zentralsten Herausforderungen?

Aktuell liegt die größte Herausforderung in der Schaffung bzw. Gewährleistung von Versorgungssicherheit – bei Energie, Lebensmitteln, nichtenergetischen Rohstoffen. Erst zwei Jahre Pandemie, jetzt Krieg. Bundeskanzler Scholz hat deshalb von einer „Zeitenwende“ gesprochen. Ob es zu einer solchen kommen wird, steht heute noch nicht fest. Denn dies ist abhängig davon, ob die Weichen tatsächlich grundlegend neu gestellt werden. Wort und Tat sind da noch ein Unterschied. Allerdings erleben wir heute bereits eine neue Betroffenheit.

Als die CDU Deutschlands sich 2019 für die Verankerung eines Staatsziels Ernährung im Grundgesetz ausgesprochen hat, sind wir belächelt, zum Teil sogar lächerlich gemacht worden. Dabei zeigen die Zahlen ein klares Bild: Es ist immer mehr an Produktion ausgelagert worden. In Bereichen wie Land-, Ernährungs- und Energiewirtschaft sogar gewollt bzw. unter dem Auge der Öffentlichkeit. Immer im Vertrauen darauf: Wir können ja alles importieren. Seit Corona und jetzt durch den Krieg erleben wir aber, wie Transportwege massiv gestört sind und die Lieferketten wegbrechen. Die zwei größten Reedereien der Welt fahren aktuell russische Häfen nicht mehr an. Die ukrainischen Häfen sind zerstört oder vermint. Einige Lufträume sind gesperrt. Diese müssen umflogen werden. Das bringt nicht nur zwei Stunden mehr Flugzeit und erhöhten Kerosinverbrauch mit sich, sondern auch eine reduzierte Frachtkapazität von 15 bis 20 Prozent. Hinzu kommen immer mehr Exportstopps. Versorgungssicherheit ist zur nationalen Frage geworden – täglich. Um aus dieser Krise gestärkt herauszukommen, müssen wir konkret definieren, was für unser Land, unsere Bürger und Wirtschaft systemrelevant ist – neben Ernährung und Energie. Und dann müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass genau diese Produktionen in Deutschland – wieder – möglich werden.

Die Corona-Pandemie war da wie ein Brennglas, sie hat deutlich gemacht, was nicht klappt

Zur Versorgungssicherheit gehört, worauf Sie hinweisen, für Unternehmen und Verbraucher auch der Energiebereich. Ein Embargo oder ein Lieferstopp von russischem Gas und Öl würde Deutschland empfindlich treffen. Was ist zu tun?

Andere europäische Mitgliedsstaaten haben sich beim Thema Energieversorgung bereits diverser aufgestellt. Da müssen wir so schnell wie möglich auch hin. Dies gilt insbesondere für die akute Versorgungslücke, die im Winter auf uns zurollt. Insofern darf es keine Scheuklappen oder Denkverbote geben. Es wird viel über LNG (=Liquefied Natural Gas) und den Ausbau erneuerbarer Energien gesprochen. Wir brauchen beides. Unbedingt. Aber beides wird uns nicht über den Winter helfen können.

Für Flüssiggas fehlen die entsprechenden Terminals. Zwar sind die potenziellen Standorte in Rostock und Stade schon weit in der Planung. Aber bis zum Bau würde es normalerweise Jahre dauern. Denn wir sind in Deutschland zu langsam und zu kompliziert.

Drei staatliche Ebenen behindern sich eher als effektiv miteinander zu arbeiten. Die Corona-Pandemie war da wie ein Brennglas, sie hat deutlich gemacht, was nicht klappt. Wir haben insoweit kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Uns fehlt im Bereich von großen Infrastrukturvorhaben ein Instrument wie das nach der Deutschen Einheit erfolgreich angewandte Planungsbeschleunigungsgesetz. Um Bau- und Infrastrukturverfahren in dieser „Zeitenwende“ so schnell wie möglich zu beschleunigen, brauchen wir ein Krisenonderplanungsrecht. Es darf nicht sein, dass wir am Ende drei bis vier Jahre benötigen, um Terminals zu realisieren. Betroffen vom Mehltau sind auch die Transformationsprozesse – von Digitalisierung über Dekarbonisierung bis zur Demografie. Um hier pragmatisch weiterzukommen, brauchen wir neben einer Planungsbeschleunigung eine Staatsrechtsreform. Was behindert, muss angegangen werden. Jammern allein hilft da nicht.

Apropos Jammern. Wie kommen wir aus den aktuellen Krisen am besten heraus?

Deutschland wurde aus und auf Trümmern aufgebaut. Die Menschen in diesem Land haben danach gezeigt, dass sie jede Krise bewältigen können. Inzwischen sind wir aber satt und behäbig geworden. Wir ruhen uns auf den Erfolgen der Vergangenheit aus. Aber es gibt immer noch das, was uns stark gemacht hat. Menschen, die anpacken können, Disziplin, Kompetenz, Kreativität und – die soziale Marktwirtschaft.

Wir müssen allerdings bereit sein, den Status quo ehrlich zu analysieren, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und dann umzusetzen – auch wenn es weh tut. Dabei denke ich nicht so sehr an aktuelle Themen, die unsere Betriebe gerade besonders bedrücken, wie die Energiepreise, Rohstoffprobleme, Fachkräftemangel und Bürokratie. Dafür liegen die Lösungen auf dem Tisch, wie eine Energiepreislösung oder einen Belastungsstopp, die wir als Union fordern. Die Ampel darf diese Probleme nicht ignorieren und vertagen.

Deutschland muss eine grundsätzliche Antwort auf die Frage finden, wie wir in Deutschland zukünftig noch Wachstum und Wohlstand generieren wollen bzw. können. Die Dringlichkeit dieser Frage hat uns der Krieg vor Augen geführt. Sollten die Fronten sich verhärten und es zu einer globalen Blockbildung kommen, wird unser exportbasiertes Wirtschaftsmodell wackeln. Wie geht es dann weiter? Ressourceneffizienz und Innovation könnten eine Antwort sein.

Dafür brauchen wir mehr Mut, mehr Sachlichkeit, mehr Freiheit. Kontraproduktiv sind Ideologie, Faktenfreiheit und Regulierung. Die „Zeitenwende“ fordert uns alle. Wenn jemand diese Herausforderung schultern kann, dann ist das unser Mittelstand, allerdings nur mit den richtigen Rahmenbedingungen. Packen wir es an.

Einige menschliche Fähigkeiten wird man im kommenden Jahrzehnt dem Computer beibringen, aber nicht das logische Denken.

Bill Gates

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



„Jede Krise bietet Chancen“ – wie Unternehmer ihre US-Strategie jetzt überdenken müssen



Von Michael King-Rolland

Kolja Reiss, 41, gebürtig aus Ostwestfalen, hat sein erstes Unternehmen mit 16 Jahren gegründet und an der Universität Paderborn Wirtschaftsinformatik studiert. Seit 16 Jahren lebt er in den USA und ist derzeit Geschäftsführer der RS2 Software North America. Reiss hat vielen Unternehmen aus Deutschland erfolgreich bei der Positionierung in den USA geholfen. Trotz oder gerade wegen der krisengeschüttelten letzten Jahre sieht er in der aktuellen Situation große Chancen für deutsche Unternehmer in den USA. In seiner Wahlheimat, dem Silicon Valley, sprach mit ihm Michael King-Rolland.

Kolja, nach Stationen in London, New York und Los Angeles lebst du seit vielen Jahren im Herzen des Silicon Valleys. Wie bist du dazu gekommen, Unternehmen aus Deutschland bei der Expansion in die USA zu begleiten?

Bereits während meines Studiums habe ich ein Unternehmen aus München begleitet, für das ich nach meinem Studienabschluss nach New York gegangen bin, um die Erschließung des US-Marktes des Unternehmens, später in leitender Funktion, zu verantworten. Dabei habe ich erlebt, wie schwierig es in der Praxis ist, ein Unternehmen in die USA zu bringen, selbst eins, welches in Europa bereits Marktführer ist.

Ich habe fast alle Herausforderungen, die man sich vorstellen kann, erfahren: vom Aufbau einer leistungsstarken Organisation, über Product-Market-Fit, Go-To-Market-Strategie bis hin zur Lösung existenzbedrohender Finanzierungslücken und Rechtsstreitigkeiten. Nicht zu unterschätzen: die Überwindung der kulturellen Differenzen, welche schon manches Unternehmen zerrissen hat. Trotz aller Schwierigkeiten war es eine Erfolgsstory: Das Unternehmen wurde am Ende an ein amerikanisches Unternehmen verkauft. Diese Erfahrungen haben mich geprägt, und eine Leidenschaft in mir geweckt: die erfolgreiche US-Markterschließung von deutschen Unternehmen.

Du sprichst von Herausforderungen bei der Markterschließung; kannst du das näher erläutern?

Als Mentor von Silicon Valley Ignite, einem Silicon Valley-Bootcamp für Unternehmer, beginne ich meine Ausführungen oft mit einem Beispiel: Es gibt deutsche Autohersteller, die sich sehr erfolgreich im US-Markt positioniert haben, und es gibt deutsche Autohersteller, denen das weniger gut gelingt. Was unterscheidet diese Autohersteller voneinander? Die Antwort auf diese Frage öffnet die Augen, an welchen Themen Unternehmen in der Praxis scheitern können, aber mit dem entsprechenden Ansatz nicht müssen. Ein Beispiel ist der unterschiedliche Customer-Service-Ansatz, der oftmals gerade deutsche Unternehmen vor Schwierigkeiten stellt. Die Kernfrage, die meist zu optimistisch beantwortet wird: Ist das, was ich in Deutschland tue, so auf den US-Markt übertragbar? Ich lerne immer noch Unternehmer kennen, die meinen, weil sie einmal den Grand Canyon gesehen und in der Schule Englisch gelernt haben, dass sie die USA verstehen. Auf diese Idee würde der gleiche Unternehmer vermutlich etwa in Afrika oder Asien nicht kommen, weil diese Märkte als in sich komplex betrachtet werden. Oftmals ist bereits viel Geld ausgegeben worden, bis der Gedanke kommt: Ich sollte mal mit einem Profi reden, selbst wenn ich die USA doch eigentlich kenne.

Wie hat sich die Situation für deutsche Unternehmen in den USA in den letzten Jahren verändert?

Der US-Markt hat für viele Unternehmen, unabhängig von der Unternehmensgröße, eine strategische Bedeutung, ob als eigener Absatz-, Beschaffungs- oder Finanzierungsmarkt. Die Jahre zwischen 2005

und 2015 waren trotz der Finanzkrise in 2008 für viele „goldene Jahre“, weil sie von exzellenten transatlantischen Beziehungen auf jeder Ebene geprägt waren. Seither ist es etwas holpriger geworden: Die Regierung unter Donald Trump hat mit der „America First“-Strategie Gräben aufgerissen, welche die Nachfolger-Administration nicht gänzlich zurückfährt. Zudem hat die Pandemie unsere Welt verändert: Kunden, Lieferanten, Mitarbeiter, Investoren zwei Jahre lang nicht persönlich besuchen zu können, ist nicht zu unterschätzen. Diese Barriere hat sich durch die Aufhebung des US Travel Ban verbessert. Gleichwohl haben manche Unternehmen in den USA noch firmeninterne Restriktionen, die persönliche Begegnungen nach wie vor erschweren.

Die politische Situation und deren Auswirkungen auf die Wirtschaft sind nicht immer einfach zu verstehen. Wie siehst du die Aussichten für deutsche Unternehmer?

Die Politik unter Barack Obama war geprägt von einer Weltoffenheit. Viele deutsche Unternehmen haben diese Politik für sich zu nutzen gewusst. Diese Offenheit wurde in den vergangenen Jahren etwas zurückgefahren; der Slogan „America First“ von Donald Trump hat viele Deutsche verschreckt. Bidens „Build Back Better“-Agenda ist von einem ähnlichen Geist geprägt, auch wenn das weniger populistisch kommuniziert wird. Immer häufiger wünschen sich Kunden und Lieferanten von ihren deutschen Partnern, dass Produkte vornehmlich in den USA produziert und Dienstleistungen in den USA erbracht werden sollen. Daten sollen amerikanischen Boden möglichst nicht verlassen, und Investitionen im Land bleiben. Unternehmer und Mitarbeiter in die USA zu holen durch ein Arbeitsvisum oder eine Green Card ist schwieriger geworden und erfordert die Hilfe eines erfahrenen Anwalts.

Deutsche Expertise und Produkte sind in diesem Umfeld gefragt wie nie

Gleichwohl sehe ich aktuell viele Lichtblicke und neue Möglichkeiten für deutsche Unternehmen: von Umwelt, Energie über Cybersecurity, Medizin, Chemie bis hin zur Gesundheitswirtschaft, um nur einige Branchen zu nennen. Genauigkeit und Qualität gelten nach wie vor als exzellente deutsche Markenzeichen. Nachhaltigkeit, die ihre Wurzeln in Deutschland hat, bekommt einen immer höheren Stellenwert. Deutsche Expertise und Produkte sind in diesem Umfeld gefragt wie nie.

Wir erleben beispiellose Investitionsprogramme von privater und öffentlicher Hand, von denen auch deutsche Unternehmen profitieren. Die deutsche Bildung und Grundlagenforschung ist – allen Unkenrufen zum Trotz – exzellent und ein Export-schlager.

Deutsche Unternehmen haben heute die besten Chancen, wenn sie sich auf das neue politische Umfeld einstellen, die Finger vor Ort am Puls haben und sich flexibel anpassen. Gerade beim letzten Punkt sehe ich bei vielen mittelgroßen Unternehmen aus Deutschland noch großen Nachholbedarf.

Covid-19 hat in den USA gewütet und das Land verändert. Wie sieht die Situation jetzt – Stand April 2022 – aus und was müssen Unternehmer wissen?

Viele Messen und Konferenzen finden in diesem Jahr erstmals wieder in traditioneller Form statt. Gleichwohl befinden wir uns auch im Land der unbegrenzten Möglichkeiten in einer Art Versuchsphase, um festzustellen, ob wir überhaupt wieder zu alten Mustern zurückkehren werden. Ein besonderes Augenmerk gilt hierbei der Frage, wie Unternehmensorganisation zukünftig aussehen wird. Auch wenn viele Unternehmen aktuell wieder zu alten Formen der Präsenzpflcht zurückkehren, verstehen eigentlich die allerwenigsten Mitarbeiter, warum das eigentlich so ist. Ich glaube, das Silicon Valley wird hier wieder als Vorreiter in Erscheinung treten mit neuen, modernen Formen der Zusammenarbeit und Unternehmensorganisation. Unternehmen, die sich offen zeigen für neue Konzepte und bereit sind, mit Traditionen zu brechen, werden als Gewinner aus der Krise hervorgehen.

Apropos Silicon Valley: Es gilt als Eldorado für Start-ups und Innovation, steht aber auch in der Kritik wegen hoher Lebenshaltungskosten. Die Presse überschlägt sich, wenn Unternehmen wie Oracle das Silicon Valley verlassen wollen. Wie steht es um die Zukunft des Silicon Valleys?

Das Silicon Valley wurde schon häufig totgeredet. Es ist wichtig zu verstehen, dass das Silicon Valley nicht einfach nur ein Ballon ist, aus dem mal eben schnell die Luft entweichen wird. Hier paaren sich Top-Universitäten mit Risikokapitalgebern und unzähligen Unternehmen, die an der Weltspitze stehen, auf engstem Raum. Es ist ein System, das sich selbst füttert und von dem die ganze Welt profitiert. Selbst wenn einige große Firmen das Silicon Valley verlassen, werden andere innovative Unternehmen nachrücken – und das Silicon Valley wird, ganz wie der Tenor dieses Gesprächs – die Chancen nutzen, die sich aus dieser neuen Situation ergeben.



Die beste Methode, eine gute Idee zu bekommen, ist
viele Ideen zu haben!

Linus Pauling

Für Nachhaltigkeit und eine ökosoziale Marktwirtschaft



Natur- und Bioindustrie auf starkem Wachstumskurs in Amerika

Natural Products Expo West – SENATE zu Gast auf größter B2B-Messe in den USA

Von Michael King-Rolland

Die Messekultur ist zurück, zumindest in den USA. Die „Natural Products Expo West“ im süd-kalifornischen Anaheim ist nicht nur die Nummer-1-Branchenmesse der 274-Milliarden-Dollar-Natur- und-Bioindustrie in Nordamerika. Mit 57.000 Besuchern und 2.700 Ausstellern war sie im März 2022 auch die größte B2B-Messe, die in den USA seit über zwei Jahren stattgefunden hat. Die „Natural Products Expo West“ ist ein Schaufenster der neuesten Trends bei natürlichen und biologischen Lebensmitteln, Getränken, Nahrungsergänzungsmitteln, Schönheits- und Wellnessprodukten sowie Reinigungsmitteln und Haushaltsprodukten. „Diese Messe ist ein guter Ort, um zu verstehen, was als nächstes kommt, und um aufstrebende Marken kennenzulernen, die gerade ins Rampenlicht treten“, bringt es ein Vertreter der amerikanischen Kette 7-Eleven auf den Punkt. Auf der diesjährigen Expo West feierten 625 Unternehmen, die die Zukunft von Essen und Wellness gestalten wollen, ihr Debüt. Laut Einschätzung des Nutrition Business Magazins wächst die heute 274 Milliarden Dollar starke Natur- und Bioindustrie rasant weiter, bedingt durch das aufgrund der Pandemie veränderte Verbraucherverhalten zu mehr Bio, Natur und nachhaltigen Produkten. Für das Jahr 2030 prognostiziert das Business Magazin ein Übersteigen der 400-Milliarden-Dollar-Marke.





Wer durch die riesigen Messehallen auf der Expo West 2022 geht, kann an fast jedem Stand etwas testen oder eine Probe mitnehmen. Neben innovativen Getränken sind mehrere Firmen – einige etabliert wie Aldi, Costco, Whole Foods Market, andere Start-ups – mit Schokoladenprodukten vertreten. Die junge Navy-Veteranin, Theresa Black, Gründerin von Bon AppéSweet, erhält für ihre selbst kreierte Schokolade, ohne Zucker, ohne Milch und mit fairer Arbeit hergestellt, den Rising Star Award. Whole Foods Market und andere, durch die Auszeichnung auf der Expo auf die junge Unternehmerin aufmerksam geworden, signalisieren Interesse, ihre Schokolade in ihr Sortiment aufzunehmen.

Die ursprünglich in Deutschland als Seifenhersteller gegründete Firma Dr. Bronner's präsentiert auf der Messe ihre mit regenerativ angebauten und fair gehandelten Kakaobohnen hergestellte Schokolade. „Wir wollen hierdurch ein Konzept veranschaulichen, das wir seit 2005 für unsere Seifen entwickelt haben: unsere gesamten Produkte aus landwirtschaftlichen Zutaten herzustellen, die einen positiven sozialen und ökologischen Einfluss entlang ihrer Lieferkette hinterlassen“, erläutert deren Vizepräsident Gero Leson im Gespräch mit SENATE. Der Privatsektor, so Leson, habe ein großes Potenzial, das Wohlergehen der Menschen und des Planeten zu verbessern. Deshalb nutze Dr. Bronner's seine Sicht-

barkeit und Reputation, um andere Unternehmen dazu zu motivieren, Nachhaltigkeit und ethisches Wirtschaften in ihren gesamten Betrieben glaubwürdig zu praktizieren.

Ein Viertel des Volumens der Branche machen derzeit Getränke, Gesundheits- und Wellnessprodukte aus. Diese repräsentierten etwa zwei Drittel des gesamten Wachstums, analysiert Scott Dicker von SPINS Data. Große Nachfrage gebe es bei fertig gemischten Proteingetränken und Trinksupplementen. Hier wachse der Umsatz online um 70 Prozent und im Geschäft um 232 Prozent.

Rockstar-Zutat unter den funktionellen Lebensmitteln und Getränken ist mit einem Wachstum von 162 Prozent „Ashwagandha“ (bei uns als Schlafbeere und Winterkirsche bekannt). Ashwagandha war auf der Messe an zahlreichen Ständen zu finden: als Zutat in Kaffee, Smoothie, Vitamintabletten und anderen Lebensmitteln.

Bei Nahrungsergänzungspräparaten geht der Trend zu organischen Produkten. Die Nachfrage ist hier deutlich angestiegen, wie das Wachstum von über 100 Prozent zeigt. Voll im Trend liegen nach wie vor „plant based“-Produkte, vor allem pflanzliche Fleisch- und Snackalternativen wie z. B. die Jackfruit. Nach Analyse von SPINS Data sind 70 Prozent der Verbraucher bereit, mehr für hochwertige, nachhaltige, klimafreundliche Produkte auszugeben.

Bei dem in die Messe integrierten „Klimatag“ wurde die politische und gesellschaftliche Bedeutung von Ernährung und Landwirtschaft für Mensch, Klima und Umweltschutz diskutiert

80 Prozent wünschen sich, dass Marken sie mehr über Klimathemen aufklären. Die US-Kokoswassergetränkemarke Harmless Harvest ist sich der mit dem Klimathema verbundenen gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. CEO Ben Mand erläutert: „Angesichts der Tatsache, dass die Lebensmittel- und Getränkebranche mit ihren Treibhausgasemissionen den größten Anteil am Klimawandel haben, müssen wir alle unsere Betriebsabläufe sowie unsere Lieferkette genau unter die Lupe nehmen und aggressive klimafreundliche Maßnahmen ergreifen.“ Seine Firma habe sich deshalb verpflichtet, alle ihre Farmen auf regenerativen Biobetrieb umzustellen und die Treibhausgasemissionen bis 2025 um mindestens 50 Prozent zu reduzieren.

Die Firma mit Sitz in San Francisco expandiert gerade in Kanada. Der deutsche und europäische Markt sei, zumindest mittelfristig, auch interessant für Harmless Harvest, sagte CEO Mand im Gespräch mit SENATE.

Bei dem in die Messe integrierten „Klimatag“ wurde die politische und gesellschaftliche Bedeutung von Ernährung und Landwirtschaft für Mensch, Klima und Umweltschutz diskutiert. Ein Thema war hierbei die Reduzierung von Lebensmittelverschwendung. Die Tatsache, dass 2019 in den USA über 35 Prozent der Lebensmittel nicht verkauft oder

nicht gegessen wurden, sei eine enorme Ressourcenverschwendung mit negativen Auswirkungen auf Klima, Mensch und Wirtschaft. Produzierte, nicht konsumierte Lebensmittel verbrauchten 21 Prozent des gesamten Süßwassers, 19 Prozent des gesamten Düngemittels und 18 Prozent des Ackerlandes. Vertreter der „Soil & Climate Alliance“ fordern, ein widerstandsfähiges, gerechteres und integratives Landwirtschaftssystem voranzutreiben. Ihre Ziele: Regenerieren sowie Klima und landwirtschaftlichen Wohlstand wiederherstellen. Als Anwalt einer regenerativen Landwirtschaft wurde die im Mai 2022 beginnende Kampagne „Regenerate America“ vorgestellt, eine Koalition von Landwirten, Unternehmen, gemeinnützigen Organisationen und Einzelpersonen aus allen Teilen und politischen Richtungen der USA. Ihr Ziel ist die dauerhafte Verankerung der regenerativen Landwirtschaft in einem Gesetz, der sog. Farm Bill 2023.

„Die große Beteiligung, die wir bei der Expo West 2022 gesehen haben, ist ein starker Hinweis darauf, dass die Branche persönliche Kontakte sowie Produktentdeckung priorisiert und persönliche Veranstaltungen nach 2 Jahren Pandemie weiterhin als das wichtigste Mittel zur Abwicklung von Geschäften sieht“, resümiert Lacey Gautier vom Messeveranstalter New Hope Network.



Gut Steinbach

Hotel & Chalets



Jetzt mit neuem
Heimat & Natur SPA
auf 2.000 qm



SO **SENA**tionell KANN EINE STÄDTEREISE SEIN.

Entdecken Sie aufregende Rhein-Metropolen mit der A-ROSA SENA. Einem Schiff, das neue Maßstäbe setzt: Die Kabinen sind größer und fast alle mit einem Balkon ausgestattet. Es gibt ein ganzes Deck speziell für die Bedürfnisse von Familien, einen eigenen Kids Club und riesige Familienkabinen. Auch das Antriebskonzept ist revolutionär. Die A-ROSA SENA fährt mit Hybridantrieb und Batteriespeicher. Und unser Tarif „Premium alles inklusive“ macht das Erlebnis perfekt.

Informieren Sie sich jetzt über die neue A-ROSA SENA. Entweder unter: www.a-rosa.de/sena oder im aktuellen Katalog zum Downloaden unter: www.a-rosa.de/2022



Perfekt mit dem
Rundum-sorglos-Tarif
„A-ROSA Premium
alles inklusive“.



aROSA 
Schöne Zeit